

Presseecho Werra-Weser-Versalzung

Juni 2016 II

für den Vorstand: Dr. Walter Hölzel

Themen des Monats:

Oberweserpipeline - Menschen gegen Salz

Elfmeterrekord - K+S stapelt hoch

Desinformation - Organisierte Gefälligkeitsgutachten?

Kali-Absatzkrise - Gewinneinbruch von 94%

Zweifelhafte Reinwaschung des Konzerns - Der Vorwurf der Aktenmanipulation ist nicht vom Tisch

Überall problematisch - Die K+S-Rückstandshalden

Das ganze Dilemma - K+S in der Zusammenschau

Fassheringe - Eine Stadt in der Salzlake

Da lacht der Salzkrebs - Die Grünen wollen die Gewässerqualität der Werra verbessern

Themen:

2.	Das ganze Dilemma - K+S in der Zusammenschau-----	S. 3
3.	Kali-Absatzkrise - Gewinneinbruch von 945-----	S. 8
4.	Elfmeterrekord - K+S stapelt hoch-----	S. 20
5.	"Zweifelhafte Reinwaschung des Konzerns" - Der Vorwurf der Aktenmanipulation ist nicht vom Tisch-----	S. 21
6.	Hier lacht der Salzkrebs-----	S. 25
7.	Gewässerversalzung und Mobbing - die Grünen ganz intim-----	S. 26
8.	Fassheringe - Eine Stadt in der Salzlake-----	S. 28
9.	Desinformation - Organisierte Gefälligkeitsgutachten?-----	S. 31
10.	Oberweserpipeline - Menschen gegen Salz-----	S. 33
11.	Unvergessen - Die Kaliverträge-----	S. 39
12.	Problemfelder - Die K+S-Rückstandshalden-----	S. 41
13.	Was sonst noch interessant war-----	S. 43

Vorbemerkungen

Oberweserpipeline - Menschen gegen Salz

Die Verklappung der K+S-Abwässer in die Oberweser ("Oberweserpipeline") scheint dem Unternehmen besonders am Herzen zu liegen. Diese Entsorgungsvariante scheint die Möglichkeit zu bieten, sich der Abwässer zu entledigen, ohne in moderne Aufbereitungsanlagen investieren zu müssen. Sie taucht schon 2007 im "Pilotprojekt Werra-Salzabwasser" auf und ist Bestandteil des "Vierphasenplans", den die Hessische Umweltministerin mit K+S vereinbart hat. Dort ist die Fortsetzung der Versalzung von Werra und Weser auf unbestimmte Zeit festgeschrieben. Die grünen Umweltminister wollten mit ihrer Zustimmung zum Bewirtschaftungsplan 2015-2021 offenbar auch der "Oberweserpipeline" den Weg ebnet.

Der Widerstand aus der Region ist allerdings beträchtlich (S. 33 ff.).

Desinformation - Organisierte Gefälligkeitsgutachten?

Man sollte es eigentlich nicht glauben, aber trotzdem wundert man sich nicht. Die Süddeutsche Zeitung hat ermittelt, dass die Bundesanstalt für Geowissenschaften gemeinsam mit einer wirtschaftsnahen Stiftung Wissenschaftler "fördert", die bereit sind, industriekonforme Positionen zu vertreten.

Gewinneinbruch als Folge der globalen Absatzkrise auf dem Kalimarkt

Sie kommt reichlich spät und fällt um so drastischer aus: In einer Gewinnwarnung macht K+S seine Aktionäre auf einen Gewinneinbruch von 94% im Kaligeschäft aufmerksam (S. 19). Der Wert der Aktie fällt auf unter 18 Euro.

K+S macht Entsorgungseingpässe wegen fehlender Erlaubnisse verantwortlich (S. 8+9, 13+14). Die Argumentation hat seit Dezember 2015 angesichts hoher Wasserführung der Werra und leerer Stapelbecken an Plausibilität nicht hinzugewonnen. K+S kann auch kaum damit rechnen, dass die angestrebten Erlaubnisse noch einmal erteilt werden (S. 18).

Die Wirtschaftspresse sieht dagegen auch die seit Monaten anhaltende globale Absatzkrise und den Preisverfall für Kalidünger. (S. 19). Die HNA hält sich dagegen eng an die Informationen der K+S-PR-Abteilung (S. 15).

Elfmeterrekord - K+S stapelt hoch

Die PR-Abteilung der K+S AG hat die undankbare Aufgabe, den sich hinziehenden Bau der KKF-Anlage zu begleiten. Mangels handfester Ergebnisse hält sie es für erwähnenswert, dass eine "Großkomponente in elf Meter Höhe eingesetzt" worden sei (S. 20). Der Bau der Anlage soll sich noch bis 2018 hinziehen; sie wird das Entsorgungsdilemma der K+S Kali GmbH nicht auflösen können. Sie soll weder die Laugenverpressung noch die "Oberweserpipeline" überflüssig machen. Viel PR-Lärm um Nichts.

"Zweifelhafte Reinwaschung des Konzerns" - Der Vorwurf der Aktenmanipulation ist nicht vom Tisch

Die Staatsanwaltschaft Kassel hat wieder einmal eine Strafanzeige gegen K+S eingestellt und der Konzern lässt verlautbaren, die Staatsanwaltschaft habe weder eine Gewässerverunreinigung festgestellt, noch sei „durch Manipulation von Unterlagen versucht worden, eine behördliche Genehmigung widerrechtlich zu erlangen.“ Die Presse übernimmt diese Darstellung (S. 22-23). Nur die "Wirtschaftswoche" hat offenbar die Unterlagen gelesen und redet von einer "zweifelhaften Reinwaschung des Konzerns" (S. 22). In einer Pressemitteilung weist die Gemeinde Gerstungen nach, dass der Vorwurf der Gewässerverunreinigung und der Aktenmanipulation nicht vom Tisch ist, weil sich der Staatsanwalt mit diesen Vorwürfen nicht beschäftigt habe (S. 23). Dies betrifft insbesondere die Vorlage unvollständiger Unterlagen vor dem Verwaltungsgericht Kassel.

Gerstungen verweist auch auf ein aktuelles Gerichtsgutachten, das die Stellungnahmen der hessischen und thüringischen Fachbehörden bestätigt: jede Fortsetzung der Laugenverpressung vergrößert den Gewässerschaden. Unter diesen Voraussetzungen lässt das Wasserhaushaltsgesetz keinen Ermessensspielraum: die Laugenverpressung muss eingestellt werden. Die von K+S für Juni 2016 erwartete Erlaubnis zur Laugenverpressung ist folgerichtig nicht erteilt worden.

Fassheringe - Eine Stadt in der Salzlake

Während K+S (angeblich) die Unbedenklichkeit der Laugenverpressung durch ein Grundwassermodell nachweisen will, macht der Bürgermeister von Heringen alte Akten öffentlich. Sie belegen, dass die befürchteten Schäden bereits vor Jahrzehnten eingetreten und den Behörden wohlbekannt sind (S. 28). Der versuchte Gegenbeweis erübrigt sich somit.

Schade nur, dass der Bürgermeister in der Vergangenheit selbst so zweifelhaft agiert hat. Er hat den thüringer Gemeinden mehrfach vorgeworfen, ihre Abwässer ungeklärt in die Werra zu leiten und hat ihnen damit das Recht abgesprochen, sich in der Frage der Werraversalzung zu engagieren.

Nun erfahren wir von ihm selbst, dass er die kommunalen Abwässer der Stadt Heringen ungeklärt in die Werra verklappt hat, um seine Kläranlage vor den K+S-Salzlaugen zu schützen. Natürlich musste ihn das Regierungspräsidium auf die Tatsache hinweisen, dass ungenehmigte Gewässerunreinigung strafbar ist.

Das ganze Dilemma

Eine Sendung von Deutschlandradio Kultur stellt das Dilemma zusammen, in das sich der Konzern mit seiner desaströsen Entsorgungspolitik gebracht hat (S. 3 f.).

Hier lacht der Salzkrebs

B'90/Die Grünen wollen sich im kommenden Bundestagswahlkampf um die Verbesserung der Wasserqualität "durch verminderten salzeintrag" kümmern (S. 25). Das ist an tragischer Komik kaum noch zu überbieten. Man schwankt: sind die Protagonisten der Grünen hochgradig erkenntnisresistent oder halten sie ihre Wähler für dämlich? Wahrscheinlich trifft Beides zu.

2. Das ganze Dilemma - K+S in der Zusammenschau

http://www.deutschlandradiokultur.de/das-laestige-salz-der-erde-wohin-mit-den-rueckstaenden-der.976.de.html?dram:article_id=357060

Deutschlandradio Kultur

Das lästige Salz der Erde

Wohin mit den Rückständen der Kaliproduktion?

Von Günther Beyer

(...)

Die Salzhalden sind die spektakulärsten, sichtbaren Zeugen des Kalibergbaus. Aber das Salz ist auch anderswo. Für das bloße Auge unsichtbar, steckt es im Wasser und im Boden. Salzlauge wird ganz legal in den Fluss Werra eingeleitet - bis zu 2,5 Gramm pro Liter. Das ist der Grenzwert. Kein anderer Fluss in Mitteleuropa ist so versalzen.

(...)

Salzkonzentration in Weser erreicht kritische Obergrenze

(...)

Ulf Frank, Leiter der Gemeindewerke Gerstungen in Thüringen, steht vor einem unscheinbaren fensterlosen Schuppen, direkt an der Werra. Das Bergbauunternehmen und die "Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie" - kurz TLUG - teilen sich die Station. Eine schwarz-gelbe Skala führt hinunter ins Flussbett und gibt den Wasserstand an. Kein Mensch ist zu sehen.

"Die Messung ist hier automatisiert. Es wird Wasser aus der Werra gepumpt. Am Pegel sind zwei verschiedene Räume in dem Gebäude. Die Proben werden dann automatisch ausgewertet und über eine Online-Strecke weiter geleitet."

Gerstungen liegt ein paar Kilometer flussabwärts, unterhalb der drei Kali-Werke, unmittelbar an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Alle Salzlauge, die zuvor in den Fluss eingeleitet wurde, fließt hier vorbei. Nirgends ist die Salzkonzentration deshalb höher als hier. Der Grenzwert, der bereits 1942 festgesetzt wurde, beträgt 2500 Milligramm pro Liter.

Zur Steuerung der Salzbelastung der Werra kann "Kali plus Salz" je nach gemessener Chlorid-Konzentration die Einleitung erhöhen oder drosseln. Nähert sich die Salzkonzentration der kritischen Obergrenze, wird die Produktion auch schon mal unterbrochen; zum Beispiel, wenn Regen ausbleibt und der Wasserstand der Werra sinkt. Das war einige Tage im Januar und April dieses Jahres der Fall. Die betroffenen Beschäftigten schickte "Kali plus Salz" in die Kurzarbeit.

2500 Milligramm pro Liter: Kein Mensch kann das trinken. Der geltende Chlorid-Grenzwert liegt damit zehn Mal so hoch wie der entsprechende Wert der Trinkwasserverordnung.

Kiemen-Deformationen bei Fischen durch erhöhten Salzgehalt

Was geschieht durch die Versalzung mit dem biologischen Leben in der Werra? Mit den Fischen etwa?

Forscher des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin wollten es genau wissen. Sie füllten Aquarien mit salzigen Testwässern. Mit ihrem Gehalt an Chlorid sowie Kalium und Magnesium entsprachen sie den derzeit gültigen Grenzwerten in Gerstungen. Insgesamt sechs Wochen lang setzte der Biologe Thomas Meinelt Zebraabürblinge, bewährte Versuchsfische, den Testwässern aus.

"Die laichen täglich. Wir konnten täglich dann auch die Eier entnehmen, nachzählen, wie viele befruchtete, unbefruchtete Eier drin sind. Danach wurden die Fische mit diesem Salzwasser exponiert. Und dann haben wir jeden Tag ermittelt: Wie viel Eier legen sie? Wie sehen die Eier aus? Sind sie normal entwickelt, sind sie deformiert? Wie entwickeln sie sich bis zum Schlupf und darüber hinaus?"

Versuchsleiter Thomas Meinelt konstatierte Deformationen der Wirbelsäule, Ödeme und Veränderungen der Haut bei den Embryonen. Sie blieben in der Entwicklung zurück und konnten nicht schlüpfen, sofern sie überhaupt lebensfähig

waren.

Auch die Elterngeneration, vor allem die Weibchen, schädigte der hohe Salzgehalt und die für Fische völlig unverträgliche Zusammensetzung der simulierten Werra-Salze.

"Bei den Weibchen haben wir gefunden, dass sie sehr schnell große Eier ausbilden. Das heißt: Noch mal schnell ablaichen, bevor man stirbt, diese Eier dann aber eine sehr schlechte Qualität haben. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Wir haben sehr schwere Deformationen der Kiemen gefunden. Das heißt: Ablösung des Kiemenepithels und andere Schäden, die also auf eine massive Einwirkung der Salze auf die Kiemen-Oberfläche hindeuten, was natürlich das Überleben der Fische in der Umwelt sehr schwer macht."

Die Messungen in einem Bassin mit reduzierter Chloridbelastung von 1700 Milligramm ergaben auch: Eine nur zögerliche Verminderung des Grenzwertes um ein Drittel, wie er ab 2019 gelten soll, verbessert die Lebensbedingungen für Fische in der Werra nicht wesentlich.

"Es gab Unterschiede. Die sind jedoch nicht signifikant. Die Art der Defekte sind ähnlich. Auch die Brut von diesen Elterntieren wird es schwer haben, in der Umwelt zu überleben."

Brunnen wegen hoher Chlorid-Werte geschlossen

Ulf Frank, der Leiter der Gemeindewerke in Gerstungen, kann sich nicht erinnern, dass zu DDR-Zeiten der Werra jemals Trinkwasser entnommen wurde. Die damals florierende Kali-Wirtschaft leitete die Salzlauge bedenkenlos in den Fluss ein - mit Spitzenwerten von über 40.000 mg pro Liter. Gerstungen hat sich immer aus seinen Tiefbrunnen und Quellen versorgt. Aber seit der Wende hat das Gesundheitsamt drei Brunnen stillgelegt. Die Chlorid-Grenzwerte für Trinkwasser waren überschritten worden.

"Der erste Brunnen, das war der Brunnen Kuhlbach-II, wurde im Jahr 1993 vom Netz genommen; der nächste Brunnen in Sallmannshausen 1995, und der letzte Brunnen, das war der Schachtbrunnen in Laröden, der wurde im Jahr 2005 vom Netz genommen."

Ulf Frank sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der Versalzung der Brunnen und der Einleitung - oder "Verpressung" - von salzhaltigen Laugen durch "Kali plus Salz" in den porösen Untergrund, den sogenannten "Plattendolomit".

"In Gerstungen wurde von 1998 bis 2007 versenkt. Hier war die Hauptversenkung circa 500 Meter vom nächsten Brunnen entfernt. Als in Gerstungen nicht mehr versenkt wurde, entfernte sich die Versenkung auf circa zehn Kilometer. Und die aktuell noch laufende Versenkung ist jetzt circa zwölf Kilometer von Gerstungen entfernt."

Schon 1928 hatte man begonnen, Laugen rund 500 Meter tief in den "Plattendolomit" einzuleiten. Das ist eine ausgedehnte, zerklüftete geologische Schicht, die nach oben und unten mit wasserundurchlässigem Ton versiegelt ist.

In diesem natürlichen Hohlraum galten damals Laugen als dauerhaft und sicher "entsorgt". Galten, denn es hat sich gezeigt: Der Plattendolomit ist nicht uneingeschränkt aufnahmefähig. Und: Störzonen in der Tonschicht lassen die Laugen in die darüber liegenden Schichten aufsteigen. Das versalzt das Trinkwasser dort.

"Überwachungswerte außer Kraft gesetzt"

Zwar wurde die Versenkung durch Messstellen überwacht. Doch Ulf Frank kam diese Kontrollpraxis nicht geheimer vor.

"Es wurden Überwachungswerte festgesetzt, für einzelne Messstellen. Wurden diese Überwachungswerte erreicht, hat man nicht die Versenkung eingestellt, sondern die Überwachungswerte angehoben - und das sogar so weit, dass man Überwachungswerte außer Kraft gesetzt hat, gar nicht mehr überwacht hat, weil die tatsächlichen Werte deutlich höher waren. Man wollte also immer weiter genehmigen."

Der Unmut in Gerstungen richtete sich nicht nur gegen "Kali plus Salz". In den Fokus geriet zunehmend das thüringische Landesbergamt als Aufsichtsbehörde. Die Gemeinde klagte schließlich wegen des Verdachts auf Gewässerverunreinigung und des unerlaubten Umgangs mit Abfällen.

Im März dieses Jahres hat die Staatsanwaltschaft nach Beschlagnahme von Akten vor dem Landgericht in Meiningen Anklage gegen 14 Mitarbeiter von "Kali plus Salz" sowie drei Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamts erhoben.

"Die Staatsanwaltschaft Meiningen ist nach Durchführung der umfangreichen Ermittlungen zu dem Ergebnis gekommen, dass zwischen den Vertretern von 'Kali und Salz' und Behördenvertretern ein zumindest stillschweigendes

Einverständnis darüber bestanden haben muss, dass die Genehmigungen rechtlich nicht zu vertreten gewesen sind."

In den Kindertagen der chemischen Düngung streuten Landwirte Rohsalze unverarbeitet auf ihre Äcker. Doch die Vorkommen waren rar, und man entdeckte, dass verarbeitetes Salz bessere Erträge lieferte. Die Hersteller sannern darüber nach, wie das begehrte Kaliumsulfat von unerwünschten Steinsalz-Beimengungen zu trennen wäre.

Die älteste Methode ist das sogenannte "Heißlöseverfahren". Dabei wird das Rohsalz in eine erhitzte Lauge geschüttet. Das Kalisalz löst sich - im Gegensatz zum Steinsalz - erst bei höheren Temperaturen. So können die Salze geschieden werden. Die salzigen Mutterlaugen werden dann auf die einfachste und billigste Weise entsorgt.

(...)

Ein Berg aus Salz-Resten

Der "Monte Kali", eine der täglich wachsenden Salzhalden, ist das, was bei der ESTA unten herauskommt.

"Also, was wir hier hören, ist das Geräusch von einer Bandanlage. Mit der Bandanlage wird der Abraum täglich hier auf die Halde gefahren. Und das Band hier transportiert dann ungefähr pro Stunde zwischen 800 und 1000 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 3,5 Metern pro Sekunde."

Parallel zum Förderband führt unser Pfad steil nach oben, sehr steil. Der weiße Untergrund sieht rutschig aus, aber die Füße finden Halt in den tief eingekerbten Reifenabdrücken, die die Radlader ins weiche Salz gedrückt haben.

"Bergführer" Bernd Heindl und der Reporter kommen langsam bergan. Das Salz auf dem Förderband neben uns ist jedenfalls viel schneller oben.

"Das sind 10,8 km/h. Und das laufen wir zwei nicht im Moment!"

Das Band läuft Tag und Nacht, bald soll die Deponiefläche um 25 Hektar vergrößert werden.

Oben empfängt uns dicker Nebel. Der Fernblick über Seulingswald und Rhönkuppen fällt aus. Aber unten am Haldenfuß erkennt man einen Ringgraben, der sich um den weißen Berg zieht. Er wurde von "Kali plus Salz" eigens präpariert.

"Das heißt, es wird ein Ton und Kalke eingebracht. Das wird dann untergemischt, dass eine wasserundurchlässige Schicht entsteht. Und wenn man dann ein Wetter hat, zum Beispiel wie jetzt bei Regen, dann haben Sie ja unten kein Süßwasser mehr, was am Haldenfuß ankommt, sondern das ist ja Salzwasser. Und damit dieses Salzwasser nicht in das Erdreich eindringen kann, ist dieser Vorgang eben erforderlich. Dann wird also Salzwasser um den Berg herumgeführt auf den tiefsten Punkt. Und von dort wird das Wasser dann entsorgt."

Die Halde für die trockenen Produktionsabfälle der ESTA produziert also ebenfalls Salzabwässer. Auch sie werden in die Werra eingeleitet oder ins Erdreich verpresst.

Kanalnetz durch Salz zerfressen, teure Sanierung

Probleme mit Salz im Boden gibt es auch in Bernd Heindls Heimatstadt Heringen am Fuße des "Monte Kali". Die Gemeinde hat in den vergangenen Jahren 100 Millionen Euro vor allem für die Sanierung ihres Kanalnetzes mithilfe von Kunststoffrohren ausgeben müssen. Das Salz greift von außen an, sagt Bürgermeister Hans Ries:

"Es müssen spezielle PE-Rohre sein, weil: Die Betonrohre fallen einfach zusammen. Das Chlorid ist extrem aggressiv und zerfrisst die regelrecht. Nach meinem Kenntnisstand hängt das auch mit der Versenkung zusammen. Auch das ist ein Problem, das sehr lange auch dem Regierungspräsidium, den Aufsichtsbehörden bekannt ist."

Aufgrund der teuren Kanalreparaturen kostet die Heringer Bürger ihr Abwasser 4,20 Euro pro Kubikmeter - das ist einer der höchsten Tarife in Hessen; er ist mehr als doppelt so hoch wie in Frankfurt. Heringens Pro-Kopf-Verschuldung ist heute die höchste in Hessen nach Wiesbaden. Auch um die kommunale Kläranlage macht der Bürgermeister sich Sorgen.

"Das ist natürlich auch eine Besonderheit, die mit dem Kalibergbau zusammenhängt - und dass man seit den 20er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts versenkt hat: Wasser sucht sich seinen Weg und drückt damit natürlich auch in die Kläranlage und zerstört sie Stück für Stück; beziehungsweise, sie droht umzukippen, weil das die Biologie nicht aushält. Würde sie jetzt umkippen, hätten wir Riesen-Probleme, sie wieder anzuimpfen, und da habe ich eine wahnsinnige Angst vor."

Hans Ries ist nur noch bis Ende dieses Monats Bürgermeister. Bei der Stichwahl unterlag er einem jungen Herausforderer. Zwar betont das Noch-Stadtoberhaupt, Heringen lebe in Konsens mit der Kaliindustrie. Aber er ärgert sich doch, wenn "Kali plus Salz" Ries' Bemühungen um eine Diversifizierung der örtlichen Wirtschaft durchkreuzt, indem der Konzern ausgewiesene Gewerbegebiete aufkauft und dort Rückhaltebecken für Salzlauge anlegt. Diese Lauge wird dann portionsweise in die Werra abgelassen.

Bei "Kali plus Salz" sollten die Alarmglocken schrillen. Aber man gibt sich gelassen. Der Konzern habe in den vergangenen Jahren allein 400 Millionen Euro in den Gewässerschutz investiert, heißt es. Das ursprüngliche Aufkommen von 15 Millionen Kubikmetern Salzlauge habe man seitdem halbiert.

Kürzlich hat "Kali plus Salz" Richtfest für eine neue Aufbereitungsanlage in Hattorf gefeiert. Ihr Prinzip: Mehr Wertstoffe aus der Lauge herausholen, weniger Abwasser produzieren. 2018 soll sie fertig sein, sagt Firmensprecher Ulrich Göbel.

Saubere Entsorgung sehr viel kostspieliger

"Die neue Anlage hat das Ziel, dieses Salzwasseraufkommen noch einmal zu reduzieren, und zwar nochmals um 1,5 Millionen Kubikmeter im Jahr, um damit eine weitere Entlastung der Versorgungswege, vor allen Dingen auch der Werra und Weser hinzubekommen und den Ausstieg aus der Versenkung, also der Einleitung in tiefere Schichten des Untergrundes, zu finden und damit 2021 enden zu können."

Außerdem verspricht der Konzern, seine riesigen Halden gegen einsickernden Regen abzudecken. Verschwinden sollen sie nicht.

"Kali plus Salz" sammelt derzeit Erfahrungen mit der Abdeckung der wesentlich kleineren Halde Sigmundshall bei Hannover. Die Erfahrungen dort seien allerdings nicht eins zu eins übertragbar.

"Und deswegen ist es kein Verfahren, das von heute auf morgen mal eben umgesetzt werden kann."

Obwohl die Deponien überwiegend aus Steinsalz bestehen, ließe der Abraum sich nicht wirtschaftlich verwerten, also nicht zum Beispiel als Auftausalz verkaufen.

"Dafür wäre es in der Tat nötig, größere Investitionen zu tätigen, und zwar in Größenordnungen, die letzten Endes sich über das Produkt nicht wieder erwirtschaften lassen, solange wie es Möglichkeiten gibt, zum Beispiel in anderen Lagerstätten, so reine Salze zu fördern, wie es in deutschen Salzwerken der Fall ist, das ohne weitere Verarbeitung, nur durch Aufmahlen und Sieben, als Auftausalz verwendbar ist."

Fazit: Übrig bleiben immer noch 5,5 Millionen Kubikmeter salzige Abwässer, die irgendwo hin müssen. Wenn die Verpressung - womöglich nach Gerichtsurteil - nicht mehr erlaubt ist, läuft "Kali plus Salz" auf einen Entsorgungsnotstand zu. Nicht zuletzt deshalb will das Unternehmen eine Pipeline bauen, die ihre Salzabwässer um die Werra herum direkt in die Oberweser einleitet. Dagegen hat das Land Niedersachsen bereits heftigen Widerstand angemeldet.

Dabei gibt es heute bereits Verfahren, Kali mit einem Minimum an Rückständen zu produzieren. Nur: "Kali plus Salz" will davon nichts wissen.

Die Ingenieursgesellschaft K-Utec AG in Sondershausen ist hervorgegangen aus der Kali-Forschung der einstigen DDR. Die heute 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Ingenieure, Wissenschaftler, Verfahrenstechniker - haben inzwischen eine Menge Erfahrung in der rückstandsarmen Salz- und Kaliproduktion, vor allem im Ausland, gesammelt. Reduzierung und Verwertung von salzhaltigen Rückständen ist eines der Fachgebiete.

Spielt "Kali und Salz" auf Zeit?

K-Utec schlägt vor, die Rückstandslösungen der Kaliindustrie radikal einzudampfen. Mit Hilfe der sogenannten "fraktionierten Kristallisation" werden die verschiedenen Inhaltsstoffe nacheinander fest und können wirtschaftlich genutzt werden, erklärt K-Utec Geschäftsführer Heiner Marx:

"Als erstes kristallisiert Gips und Natriumchlorid. Wenn ich das dann extrahiere, habe ich schon ein erstes Produkt, nämlich ich kann sehr reines Natriumchlorid herstellen. Wenn ich dann die Lösung weiter einenge, erhalte ich dann den sogenannten Schönit, der nach Zersetzung zu einem sehr sauberen Kaliumsulfat führt."

Kochsalz und der Dünger Kaliumsulfat - gewonnen aus Rückstandslösung. In Pilotanlagen bei K-UTEC wurden diese Verfahren schon zur Produktionsreife entwickelt, allerdings:

"Was dann übrig bleibt, sind in der Regel Magnesiumchloridlösungen, wie ich sie hier auf dem Tisch stehen habe. Die wurden die ganze Zeit entweder eingeleitet oder verpresst. Wir sagen: Das ist nicht notwendig. Ich kann diese Lösungen dazu nutzen, um Versatzmassen für das Verfüllen der untertägigen Hohlräume herzustellen."

Die verfestigte Masse könnte man also in alte Bergwerken "einstapeln". Dann belastet sie nicht die Gewässer, und stabilisiert sogar unterirdische Hohlräume. Denn Salz hat die Tendenz zu konvergieren, sprich: langsam zusammenzusacken.

"Das heißt, ich verhindere die weitere Konvergenz dieser Hohlräume mit diesem Material, sodass wir guten Gewissens diese Rückstände dorthin zurückbringen können, wo sie herkommen: in das Bergwerk."

"Kali plus Salz" hält solche Verfahren angesichts der zu entsorgenden Riesen-Menge von mehr als fünf Millionen Kubikmetern für längst noch nicht ausgereift.

"Was wir zugesagt haben, ist, dass wir in einem sogenannten Prüfprogramm die Einstapelung unter Tage untersuchen und erforschen werden."

Ergebnisse erwartet der Konzern frühestens 2018. Vielleicht ist der Verweis auf Forschungsbedarf aber auch nur ein Vorwand, Zeit zu gewinnen und weiter billig Salzlauge in Flüsse einzuleiten.

3. Kali-Absatzkrise - Gewinneinbruch von 94%

<http://osthessen-news.de/n11531987/noch-kurzarbeit-im-ks-werk-hattorf-unterbreizbach-produziert-wieder.html>

Osthessen news 01.06.2016

01.06.16 - PHILIPPSTHAL

650 Kali-Kumpel weiter zu Hause

Weiter Kurzarbeit im K+S Werk Hattorf - Unterbreizbach produziert wieder

Kurzarbeit beim Kali- und Düngemittel-Hersteller K+S: Am Standort Unterbreizbach (Wartburgkreis) des Werkes Werra wird die Produktion am morgigen Donnerstag wieder aufgenommen. Der Grubenbetrieb beginnt bereits am Mittwoch mit der Förderung. Der mit Ausnahme der Bittersalzproduktion ebenfalls in Kurzarbeit befindliche Standort Hattorf kann noch nicht wieder angefahren werden, da die vollständige Entsorgung aller Produktionsabwässer derzeit nicht möglich ist.

Wegen der nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Möglichkeit, Salzabwässer im Rahmen einer Übergangsregelung zu versenken, ist das Werk Werra bei der Entsorgung der Halden- und Produktionsabwässer bekanntlich seit Ende des Jahres 2015 sehr stark von der Wasserführung der Werra abhängig, erklärte das Unternehmen in einer Pressemitteilung.

Um die Produktion dennoch möglichst kontinuierlich aufrechtzuerhalten, schöpft das Abwassermanagement alle Möglichkeiten aus. Dazu gehören neben den Entsorgungswegen Einleitung und Versenkung vor allem eine zielgerichtete und vorausschauende Bewirtschaftung der Speicherbecken sowie die Nutzung des Lösungsverbandes Unterbreizbach-Wintershall.

Durch die Niederschläge der vergangenen Tage war es möglich, am Standort Wintershall die Speicherbecken für Produktionsabwässer weitgehend zu entleeren und über den Lösungsverband Hartsalzlösung aus Unterbreizbach zu verarbeiten. Dies eröffnet für den thüringischen Standort die Möglichkeit, nach rund drei Wochen Kurzarbeit die Produktion nun zunächst wieder aufzunehmen.

Da die Prozesswasser-Becken in Philippsthal noch nicht entleert werden konnten, ruht die Produktion am Standort Hattorf mit Ausnahme der Bittersalzproduktion weiterhin. Davon sind rund 650 Mitarbeiter betroffen, die sich seit dem 4. Mai in Kurzarbeit befinden.

<http://www.insuedthueringen.de/regional/wirtschaft/Kurzarbeit-aufgehoben-Kali-Werk-Unterbreizbach-produziert-wieder;art83483,4880719>

Südthüringer Zeitung 01.06.2016

Kurzarbeit aufgehoben: Kali-Werk Unterbreizbach produziert wieder

Kassel/Unterbreizbach - Der Kali-Produzent K+S hebt die mehrwöchige Kurzarbeit in seinem Südthüringer Werk in Unterbreizbach auf.

Seit Mittwoch werde wieder Kali gefördert, am Donnerstag starte auch die Produktion, sagte ein Sprecher der K+S AG (Kassel) am Mittwoch. Seit 8. Mai und damit mehr als drei Wochen waren etwa 300 Kali-Beschäftigte in Unterbreizbach in Kurzarbeit. Grund dafür sind Entsorgungsprobleme für salzhaltige Abwässer, die bei der Verarbeitung des Rohstoffs entstehen.

Das Unternehmen muss die Entsorgung nach Vorgaben der Behörden an der Wasserführung der Werra im hessisch-thüringischen Grenzgebiet ausrichten. Bei niedrigem Wasserstand darf kaum Lauge in den Fluss geleitet werden. K+S beschäftigt in mehreren Werken im Werra-Gebiet an der hessisch-thüringischen Landesgrenze mehrer Tausend Menschen.

Für große Teile des hessischen Standorts Hattorf und damit rund 650 Beschäftigte gelte weiter die dort am 4. Mai begonnene Kurzarbeit, erklärte K+S. Die vollständige Entsorgung der Produktionsabwässer sei dort nicht möglich.

In Unterbreizbach sei die Wiederaufnahme der Produktion möglich, weil durch die Niederschläge der vergangenen Tage Speicherbecken geleert werden konnten. Die Abwässer aus dem Thüringer Werk würden an den K+S-Standort Wintershall in Hessen geleitet.

Bereits im April hatte es einen Produktionsstopp in K+S-Werken im Werra-Revier gegeben. Auch damals waren Hattorf und Unterbreizbach mit insgesamt rund 1000 Beschäftigten betroffen.

Die Entsorgungsprobleme sind entstanden, weil K+S derzeit wegen einer Übergangserlaubnis nur sehr begrenzt und bis Ende des Jahres Salzabwasser in tiefe Gesteinsschichten versenken darf. Die sogenannte Versenkung von Lauge in den Untergrund ist genau so umstritten wie die Einleitung in die Werra. *dpa*

<http://osthessen-news.de/n11532364/nach-5-wochen-pause-auch-standort-hattorf-werk-werra-arbeitet-seit-heute-wieder.html>

Osthessen News 07.06.2016

07.06.16 - HATTORF

Produktionsstillstand beendet

Nach 5 Wochen Pause: Auch Standort Hattorf / Werk Werra arbeitet seit heute wieder

Nach fast fünfwöchiger Unterbrechung ist am Standort Hattorf des Werkes Werra am heutigen Montag die Rohsalzverarbeitung wieder angefahren. Auch der Grubenbetrieb hat die Förderung wieder aufgenommen. Damit ist auch der dritte Standort des Werkes - möglicherweise nur für wenige Tage - zu voller Produktion zurückgekehrt.

Durch weitere Niederschläge war es möglich, am Standort Hattorf die Becken für Produktionsabwässer weiter zu leeren. Damit besteht nach dem Wochenende auch dort jetzt wieder ausreichend Entsorgungssicherheit, um für die nächsten Tage alle Produktions- und Haldenabwässer zu entsorgen bzw. in Becken zu speichern.

Die Produktionspause am Standort Hattorf hatte am 4. Mai begonnen; von ihr waren zuletzt rund 650 Mitarbeiter betroffen.

<http://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/k-s-org235177/ks-zwei-werke-stehen-wieder-still-hna-6496996.html>

HNA 17.06.2016

K+S: Zwei Werke stehen wieder still

Philippsthal/Unterbreizbach. Wegen Engpässen bei der bei Salzabwasserentsorgung ruht die Produktion der Kali-Standorte Unterbreizbach erneut.

Wie K+S jetzt mitteilte, wurde der Betrieb am Standort Hattorf am Montag unterbrochen und der Betrieb am Standort Hattorf am Mittwoch mit Ausnahme der Bittersalzherstellung ebenfalls stillgesetzt. Beide Standorte waren wegen vorübergehend verbesserter Wasserführung erst Anfang Juni nach mehrwöchiger Pause wieder in Betrieb gegangen. Als Grund für den erneuten Stopp nennt das Unternehmen die nicht ausreichende Wasserführung in der Werra sowie vollständig oder nahezu gefüllte Becken für Produktionsabwässer.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-06/37800887-dgap-adhoc-k-s-aktiengesellschaft-ebit-i-im-2-quartal-2016-deutlich-unter-vorjahr-deutsch-016.htm>

Finanznachrichten 27.06.2016

K+S Aktiengesellschaft: EBIT I im 2. Quartal 2016 deutlich unter Vorjahr

K+S Aktiengesellschaft / Schlagwort(e): Gewinnwarnung/Gewinnwarnung

Veröffentlichung einer Ad-hoc-Mitteilung nach § 15 WpHG, übermittelt durch DGAP - ein Service der EQS Group AG. Für den Inhalt der Mitteilung ist der Emittent verantwortlich.

Auf der Basis vorläufiger Erkenntnisse ergibt sich für die K+S Gruppe im 2. Quartal 2016 ein EBIT I in Höhe von rund 10 Mio. EUR (Q2/15: 179,2 Mio. EUR).

Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich neben einem deutlichen Rückgang des Durchschnittspreises im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte (Q2/15: 310 EUR je Tonne) aus unvorhergesehen hohen Produktionsausfällen aufgrund der limitierten Versenkerlaubnis für flüssige Rückstände im Werk Werra. Im Geschäftsbereich Salz führte die geringere Voreinlagerung von Auftausalz aufgrund hoher Bestände zu einem deutlichen Mengenrückgang insbesondere in Nordamerika.

Das Unternehmen veröffentlicht den vollständigen Halbjahresfinanzbericht am 11. August 2016.

27.06.2016 Die DGAP Distributionsservices umfassen gesetzliche Meldepflichten, Corporate News/Finanznachrichten und Pressemitteilungen. DGAP-Medienarchive unter www.dgap.de

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-06/37801234-k-s-schockt-mit-gewinneinbruch-preisdruck-und-produktionsprobleme-belasten-016.htm>

Finanznachrichten 27.06.2016

K+S schockt mit Gewinneinbruch - Preisdruck und Produktionsprobleme belasten

KASSEL (dpa-AFX) - Der Düngemittel- und Salzkonzern hat wegen Produktionsausfällen und anhaltendem Preisdruck im Kaligeschäft im zweiten Quartal einen überraschend starken operativen Gewinneinbruch verzeichnet. Wie der MDax-Konzern am Montag in Kassel mitteilte, wird der Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit I) auf rund 10 Millionen Euro absacken. Ein Jahr zuvor hatte K+S operativ noch 179,2 Millionen Euro erwirtschaftet. Bei dieser Kennzahl bleiben Bewertungseffekte im Zuge von Wechselkursabsicherungen außen vor. Analysten hatten im Schnitt das Zehnfache auf dem Zettel. Der Kurs der K+S-Aktien brach um 10 Prozent ein.

K+S begründete den überraschend starken Gewinnschwund neben einem deutlichen Rückgang des Durchschnittspreises im Kaligeschäft und mit unvorhergesehen hohen Produktionsausfällen im Werk Werra. Diese seien im Zuge der begrenzten Versenkerlaubnis für flüssige Rückstände angefallen. Deshalb ruht die Kali-Produktion immer wieder. Im Salzgeschäft sorgte darüber hinaus eine geringere Voreinlagerung von Auftausalz wegen hoher Bestände nach dem milden Winter zu einem deutlichen Mengenrückgang insbesondere in Nordamerika. Den vollständigen Halbjahresbericht will K+S am 11. August vorlegen./jha/fbr

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-06/37802039-aktie-von-k-s-bricht-nach-zahlen-ein-minus-10-9-015.htm>

Finanznachrichten 27.06.2016

Aktie von K+S bricht nach Zahlen ein - Minus 10,9%

FRANKFURT (Dow Jones)--Die Aktie von K+S bricht am Montagmittag um über 10 Prozent ein. Für Erschrecken sorgt eine Gewinnwarnung des MDAX-Unternehmens. Das EBIT I erreichte gerade mal rund 10 Millionen Euro, teilte die K+S

AG mit. Im Vorjahresquartal hatte der Konzern noch ein EBIT I von 179,2 Millionen Euro erzielt. "Das ist ja nur ein Zehntel des erwarteten Gewinns", sagt ein Händler. Es habe keine Indikationen des Unternehmens für einen derart hohen Einbruch gegeben.

"Bei K+S hatte man zuletzt immer mehr auf den Start des Legacy-Projekts geblickt, und die jüngsten Aussagen aus Weißrussland über mögliche Allianzen hatten Hoffnung auf einen Boden bei den Kalipreisen geweckt", sagt ein anderer Händler. Dies habe für Stabilisierung der Aktie über 20 Euro gesorgt: "Mit dieser überraschenden Warnung dürfte viel Porzellan zerschlagen worden sein".

Dabei wiege bei der Begründung der Verweis auf geringere Durchschnittspreise schwerer als die als temporär betrachtete Belastung durch Produktionsausfälle im Werk Werra. Die Aktien fallen 10,9 Prozent auf 18,85 Euro, der Händler rechnet jedoch bis Börsenschluss aufgrund der Schreckreaktion mit noch höheren Verlusten: "Um die 15 Prozent Minus wären angemessen".

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-06/37802118-k-s-da-bleibt-einem-die-spucke-weg-170.htm>

Finanznachrichten 27.06.2016

K+S: Da bleibt einem die Spucke weg

Obwohl die Börsenturbulenzen rund um die "Brexit"-Abstimmung die Aktienkurse auf breiter Front purzeln ließen, schöpften Anleger in Bezug auf K+S (WKN: **KSAG88** / ISIN: DE000KSAG888) Hoffnung, da **Spekulation über eine Neuauflage** einer russisch-weißrussischen Allianz am Kalimarkt die Runde machten. Doch jetzt gab es den nächsten Schlag.

Der Kasseler Salz- und Düngemittelhersteller meldete, dass das operative Ergebnis (EBIT I) im zweiten Geschäftsquartal 2016 von 179,2 Mio. Euro im Vorjahr auf nun rund 10 Mio. Euro geschrumpft sei. Als Gründe werden deutliche Rückgänge bei den Durchschnittspreisen im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte sowie unvorhergesehene Produktionsausfälle genannt. Im nordamerikanischen Salzgeschäft machte K+S wiederum der relativ milde Winter zu schaffen.

<http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Preisdruck-belastet-K-S-schockt-mit-Gewinneinbruch-K-S-Aktie-bricht-um-10-Prozent-ein-4954718>

Finanzen.net 27.06.2016

K+S schockt mit Gewinneinbruch - K+S-Aktie bricht um 10 Prozent ein

Der Düngemittel- und Salzkonzern hat wegen Produktionsausfällen und anhaltendem Preisdruck im Kaligeschäft im zweiten Quartal einen überraschend starken operativen Gewinneinbruch verzeichnet.

Wie der **MDAX**-Konzern am Montag in Kassel mitteilte, sackte der Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit I) nach vorläufigen Zahlen auf rund 10 Millionen Euro ab. Analysten hatten im Schnitt das Zehnfache auf dem Zettel. Ein Jahr zuvor hatte **K+S** noch 179,2 Millionen Euro erwirtschaftet. Bei dieser Kennzahl bleiben Bewertungseffekte im Zuge von Wechselkursabsicherungen außen vor. Der Kurs der K+S-Aktien brach in einem sehr schwachen Markt um mehr als zehn Prozent ein und war damit MDAX-Schlusslicht.

K+S-Chef Norbert Steiner sprach von einem "enttäuschenden" Quartal in einem "sehr schwierigen" Marktumfeld. Er begründete den überraschend starken Gewinnschwund neben einem deutlichen Rückgang des Durchschnittspreises im Kaligeschäft auch mit unvorhergesehen hohen Produktionsausfällen im Werk Werra. Diese seien im Zuge der begrenzten Versenkerlaubnis für flüssige Rückstände angefallen. Deshalb ruht die Kali-Produktion immer wieder. "Um weitere Auswirkungen im Verlauf des Jahres zu minimieren, arbeiten wir intensiv auch an unkonventionellen Lösungen", sagte Steiner. Die Versenkung werde nach heutigem Stand aber neben der Einleitung in die Werra weiter gebraucht.

DEUTLICHER MENGENRÜCKGANG IM SALZGESCHÄFT

Seit Beginn des Jahres mussten die Standorte Unterbreizbach (Thüringen) und Hattorf (Hessen) an insgesamt bis zu 49 Tagen wegen des niedrigen Wasserstandes der Werra die Produktion einstellen. Dies führte bis zum Ende des zweiten Quartals zu hohen Produktionseinbußen, die wohl auch nicht aufgeholt werden können. "In den kommenden Monaten können Lieferengpässe nicht ausgeschlossen werden", mahnte der Konzern.

Im Salzgeschäft läuft es nicht rund. Dort sorgt eine geringere Voreinlagerung von Auftausalz wegen hoher Bestände nach dem milden Winter für einen deutlichen Mengenrückgang insbesondere in Nordamerika. Den vollständigen Halbjahresbericht will K+S am 11. August vorlegen.

http://www.4investors.de/php_fe/index.php?sektion=stock&ID=104513

4Investors 27.06.2016

K+S Aktie: Schlechte News zur falschen Zeit

Autor: Michael Barck

27.06.2016 (www.4investors.de) - Die K+S Aktie kommt am Montag im Handelsverlauf stark unter Druck: Der Grund ist eine Gewinnwarnung des Kasseler Rohstoffkonzerns, die heute veröffentlicht wird. In der Mittagsstunde summiert sich das Minus auf mehr als 8 Prozent, notiert die K+S Aktie bei 19,41 Euro. Im bisherigen Handelsverlauf wurden bereits 18,90 Euro erreicht – das ist deutlich tiefer, als die MDAX-notierte Rohstoffaktie am Freitag im Zuge des Brexit-Crashes gefallen war (Tagestief: 20,11 Euro).

Es sind schlechte News, die K+S meldet – und das zu einer Zeit, in der die Börse ohnehin von hohen politischen Unsicherheiten durch das britische EU-Referendum geprägt ist. „Auf der Basis vorläufiger Erkenntnisse ergibt sich für die K+S Gruppe im 2. Quartal 2016 ein EBIT I in Höhe von rund 10“, [meldet K+S per Adhoc-Mitteilung](#). Verantwortlich hierfür sei vor allem ein „Rückgang des Durchschnittspreises im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte aus unvorhergesehen hohen Produktionsausfällen aufgrund der limitierten Versenkerlaubnis für flüssige Rückstände im Werk Werra“, so K+

<http://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/K+S-Aktie-minus-elf-Prozent-Konzern-mit-drastischer-Gewinnwarnung-1001273575>

Börse online 27.06.2016

K+S-Aktie minus elf Prozent: Konzern mit drastischer Gewinnwarnung

Der Düngemittel- und Salzkonzern K+S hat wegen Produktionsausfällen und anhaltendem Preisdruck im Kaligeschäft im zweiten Quartal einen überraschend starken operativen Gewinneinbruch verzeichnet. Wie der MDax -Konzern am Montag in Kassel mitteilte, sackte der Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit I) nach vorläufigen Zahlen auf rund 10 Millionen Euro ab. Die K+S-Aktie rutschte bis zu elf Prozent ins Minus.

K+S-Chef Norbert Steiner sprach von einem "enttäuschenden" Quartal in einem "sehr schwierigen" Marktumfeld. Er begründete den überraschend starken Gewinnschwund neben einem deutlichen Rückgang des Durchschnittspreises im Kaligeschäft auch mit unvorhergesehen hohen Produktionsausfällen im Werk Werra. Diese seien im Zuge der begrenzten Versenkerlaubnis für flüssige Rückstände angefallen. Deshalb ruht die Kali-Produktion immer wieder. "Um weitere Auswirkungen im Verlauf des Jahres zu minimieren, arbeiten wir intensiv auch an unkonventionellen Lösungen", sagte Steiner. Die Versenkung werde nach heutigem Stand aber neben der Einleitung in die Werra weiter gebraucht.

Im Salzgeschäft läuft es nicht rund. Dort sorgt eine geringere Voreinlagerung von Auftausalz wegen hoher Bestände nach dem milden Winter für einen deutlichen Mengenrückgang insbesondere in Nordamerika. Den vollständigen Halbjahresbericht will K+S am 11. August vorlegen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/schwaches-quartal-ks-aktie-rauscht-in-den-keller/13794076.html>

Handelsblatt 27.06.2016

Schwaches Quartal

K+S-Aktie rauscht in den Keller

Der Kaliproduzent K+S rutscht tiefer in die Krise. Wegen schwacher Nachfrage der Bauern fallen die Preise für Düngemitteln weiter, zudem setzen dem im MDax notierten Konzern Produktionsausfälle zu. Die Aktie bricht ein.

Düsseldorf Der Preisrückgang bei Düngemitteln verhagelt **K+S** das Ergebnis. Im zweiten Quartal brach der operative Gewinn (Ebit I) auf rund zehn Millionen Euro von gut 179 Millionen Euro vor Jahresfrist ein, wie der Salz- und Düngemittelhersteller am Montag mitteilte.

Neben dem deutlichen Rückgang des Durchschnittspreises im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte führte das Kasseler Unternehmen das auch auf unvorhergesehen hohe Produktionsausfälle im Werk Werra wegen einer nur beschränkten Versenkerlaubnis von Salzabwässern zurück. Zudem sei im Salzgeschäft der Absatz in Nordamerika wegen bereits hoher Bestände bei den Kunden deutlich gesunken.

K+S-Aktien verloren bis zu 10,6 Prozent auf 18,90 Euro. Zum Vergleich: Vor gut einem Jahr hatte der kanadische Konkurrent Potash sich für eine Übernahme von K+S interessiert und bereiterklärt, 41 Euro pro Aktie zu bezahlen. Der Übernahmeversuch scheiterte, die Kanadier beendeten das Projekt, als sich im Herbst die Krise auf dem Düngemittelmarkt abzeichnete. Die Nachfrage aus der Landwirtschaft nach Kali geht weltweit zurück. Grund dafür sind die niedrigen Einkommen der Bauern, denn die Preise für wichtige Agrarprodukte sind ebenfalls im Keller.

K+S trifft dies in einer ohnehin schwierigen Phase. Das Kasseler Unternehmen fährt wegen Entsorgungsproblemen erneut Kurzarbeit an seinen Standorten Unterbreizbach (Thüringen) und Hattorf (Hessen). Betroffen seien rund 1.000 Beschäftigte, davon etwa 350 in Südthüringen, sagte ein Unternehmenssprecher auf Anfrage. In Unterbreizbach und Hattorf ruhen seit etwa einer Woche große Teile der Produktion und Teile der Kali-Förderung. Zuletzt hatte die Kali-Produktion des Kasseler Konzerns im Mai in beiden Werken für etwa drei Wochen gestanden.

Das Unternehmen muss die Entsorgung salzhaltiger Abwässer nach Vorgaben der Behörden an der Wasserführung der Werra im hessisch-thüringischen Grenzgebiet ausrichten. Bei niedrigem Wasserstand darf demnach kaum Lauge in den Fluss geleitet werden. An diesem Dienstag werde entschieden, wie es in beiden Werken angesichts der Entsorgungsmöglichkeiten weitergehe, sagte der Sprecher. Wie lange die Kurzarbeit dauere, sei abhängig vom Wetter.

<http://www.k-plus-s.com/de/news/presseinformationen/2016/presse-160627.html>

PM K+S 27.06.2016

Operatives Ergebnis im 2. Quartal deutlich unter Vorjahr

K+S geht auf Basis vorläufiger Erkenntnisse davon aus, dass sich für die Gruppe im zweiten Quartal 2016 ein EBIT I in Höhe von rund 10 Mio. € (Q2/2015: 179,2 Mio. €) ergibt. Gründe sind neben einem deutlichen Rückgang des Durchschnittspreises im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte auch unvorhergesehen hohe Produktionsausfälle im Verbundwerk Werra aufgrund der derzeit limitierten Versenkerlaubnis. Im Geschäftsbereich Salz führte die geringere Voreinlagerung von Auftausalz aufgrund hoher Bestände zu einem deutlichen Mengenrückgang, insbesondere in Nordamerika.

„Ein enttäuschendes zweites Quartal für K+S, das von einem sehr schwierigen Marktumfeld geprägt ist. Auch die Produktionseinschränkungen haben deutliche Spuren hinterlassen. Um weitere Auswirkungen im Verlauf des Jahres zu minimieren, arbeiten wir intensiv auch an unkonventionellen Lösungen“, sagt Norbert Steiner, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens.

Salzabwasserentsorgung bleibt herausfordernd

Die Prüfung der von K+S im April 2015 beim Regierungspräsidium Kassel beantragten Fortsetzung der Versenkung bis Ende 2021 wird aus heutiger Sicht weiter andauern. K+S hatte Ende des Jahres 2015 einen Abschluss der fachlichen Prüfung im Sommer dieses Jahres erwartet. Im Rahmen der aktuell bestehenden Übergangserlaubnis können

Salzabwässer nur in sehr begrenztem Umfang im Untergrund versenkt werden.

Die Entsorgung der Produktions- und Haldenabwässer ist daher eng an der Wasserführung der Werra auszurichten. Wieviel zu welchem Zeitpunkt eingeleitet werden kann, wird durch die behördlich festgelegten Grenzwerte bestimmt. Bei niedriger Wasserführung der Werra kann somit weniger eingeleitet werden.

Insbesondere mit Beginn der niederschlagsärmeren Monate waren daher Produktionseinschränkungen an einzelnen Standorten des Verbundwerkes Werra – trotz des effizienten Abwassermanagements unter Nutzung vorhandener Speicherbecken – unvermeidbar. Seit Beginn des Jahres mussten die Standorte Unterbreizbach (Thüringen) und Hattorf (Hessen) an insgesamt bis zu 49 Tagen die Produktion einstellen; insgesamt resultiert daraus zum Ende des zweiten Quartals eine Minderproduktion von mehr als 400 Tt, die aus heutiger Sicht auch nicht aufgeholt werden kann. In den kommenden Monaten können Lieferengpässe nicht ausgeschlossen werden.

Für die Mitarbeiter des Verbundwerkes Werra, das für knapp die Hälfte der heimischen Kaliproduktion steht, wurde mit dem Gesamtbetriebsrat eine Betriebsvereinbarung über die Durchführung von Kurzarbeit abgeschlossen; bisher waren davon in der Spitze rund 1.000 Mitarbeiter betroffen.

Maßnahmen zur kurzfristigen Sicherstellung der Produktion

Um die Produktion während der trockenen Sommermonate mit zu erwartender geringer Wasserführung der Werra und der nur noch in begrenztem Umfang zur Verfügung stehenden Versenkmengen aufrecht erhalten zu können, prüft das Unternehmen derzeit intensiv die Realisierung zusätzlicher Maßnahmen zur Abwasserentsorgung. Ein Schwerpunkt ist die temporäre Entsorgung im Umfeld der Standorte mit entsprechenden LKW- und Bahntransporten.

Darüber hinaus wird die Prüfung zur Speicherung von Salzabwässern unter Tage intensiv vorangetrieben, um bereits kurzfristig auf sich bietende Möglichkeiten für – zumindest temporäre – Maßnahmen zugreifen zu können.

Damit und mit der weiterhin effizienten Bewirtschaftung vorhandener Beckenkapazitäten würde sich – entsprechende Genehmigungen vorausgesetzt – die Flexibilität des Unternehmens erhöhen, während der derzeit trockenen Sommermonate und darüber hinaus das Abwassermanagement des Standortes zu erweitern und die Produktion an den hessischen und thüringischen Standorten sicherstellen zu können.

Umfangreiche Umwelt-Maßnahmen

K+S will die Entsorgungsfragen an der Werra langfristig lösen und hat in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel getan, um die Umweltsituation an Werra und Weser zu verbessern: Das Volumen der Salzabwässer ging von 1997 bis 2015 von 20 auf 7 Mio. Kubikmeter pro Jahr zurück, allein zwischen 2011 und 2015 hat das Unternehmen dafür – im Rahmen seines Maßnahmenpakets zum Gewässerschutz – rund 400 Mio. € investiert. Und es geht weiter.

Mit dem bereits begonnenen Bau einer Kainit-Kristallisations- und Flotationsanlage (KKF) wird das Salzabwasseraufkommen ab 2018 nochmals um gut 20 Prozent auf dann 5,5 Mio. Kubikmeter pro Jahr reduziert. Bis zur Fertigstellung werden allein in dieses Projekt nochmals rund 165 Mio. € fließen.

Erprobt wird darüber hinaus die Abdeckung von Rückstandshalden. Wenn Großversuche die langjährigen Erfahrungen der niedersächsischen Standorte des Unternehmens bestätigen, könnte damit begonnen werden, die Halden an der Werra ab etwa 2025 zu begrünen. Dann würden langfristig sehr viel weniger salzhaltige Abwässer anfallen. Zudem wird das Unternehmen in den kommenden Jahren intensiv untersuchen und prüfen, ob Salzabwässer in einer bisher weltweit nicht realisierten Größenordnung unter Tage sicher eingestapelt werden können. Ein Ergebnis dieser Studie soll bis Ende 2018 vorliegen.

Auch ist eine Projektgruppe bereits dabei, die Planungsgrundlagen für die notwendige Ergänzungsfernleitung an die Oberweser zu erarbeiten; das entsprechende Raumordnungsverfahren läuft derzeit. Sollte die geplante Fernleitung zur Oberweser bis Ende 2021 realisiert und in Betrieb genommen werden können, könnte ab diesem Zeitpunkt auf die Versenkung verzichtet werden. Das ist das Ziel von K+S.

Stand heute wird die Versenkung neben der Einleitung in die Werra aber weiterhin gebraucht; sie ist ein wichtiger Baustein, um die notwendige Brücke in die Zukunft schlagen zu können.

(...)

<http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/ks-gewinn-bei-ks-bricht-ein/13794496.html>

Wirtschaftswoche 27.06.2016

K+S

Gewinn bei K+S bricht ein

Der Gewinn des Kali- und Salzproduzenten K+S ist im zweiten Quartal eingebrochen. Das Unternehmen gab eine Gewinnwarnung aus. Der Aktienkurs gab zwischenzeitlich um neun Prozent nach.

Produktionsausfälle und ein weiterer Rückgang des Kalipreises haben den Gewinn des Kali- und Salzproduzenten [K+S](#) im laufenden Geschäft einbrechen lassen. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern sank im zweiten Quartal nach vorläufigen Zahlen von 179,2 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum auf noch rund 10 Millionen Euro. Dies gab das Kasseler MDax-Unternehmen am Montag in einer Gewinnwarnung bekannt. Analysten hatten im Schnitt erwartet, dass K+S das Zehnfache verdienen würde. Der Aktienkurs gab zwischenzeitlich um mehr als zehn Prozent nach.

Wegen einer gekappten Erlaubnis zum Versenken von Salzabwasser musste die Produktion im Werk Werra zuletzt häufiger gestoppt werden - so auch derzeit. An den Standorten Hattorf im osthessischen Philippsthal und in Unterbreizbach in Thüringen ruhen seit etwa einer Woche große Teile der Produktion und Teile der Kali-Förderung. Betroffen seien rund 1000 Beschäftigte, davon etwa 650 in Hessen, sagte ein Unternehmenssprecher am Montag auf Anfrage.

Die Entsorgung salzhaltiger Abwässer muss sich nach Vorgaben der Behörden an der Wasserführung der Werra im hessisch-thüringischen Grenzgebiet ausrichten: Bei niedrigem Wasserstand darf kaum Lauge in den Fluss geleitet werden. An diesem Dienstag werde entschieden, wie es in beiden Werken angesichts der Entsorgungsmöglichkeiten weitergehe, sagte der Sprecher.

[K+S Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen ein](#)

Mangels Tatverdacht hat die Staatsanwaltschaft Kassel das Verfahren gegen den Düngemittelhersteller K+S eingestellt. Das Landgericht Meinigen prüft dagegen noch eine Anklage gegen K+S-Chef Norbert Steiner.

Seit Beginn des Jahres mussten die Standorte Unterbreizbach und Hattorf an bis zu 49 Tagen die Produktion einstellen. Dadurch wurden rund 400 000 Tonnen weniger Kali produziert. K+S will nun prüfen, das Abwasser vorübergehend mit Lastwagen und der Bahn abzutransportieren.

Laut K+S lag der Kali-Durchschnittspreis im zweiten Quartal 2015 noch bei rund 310 Euro je Tonne. Für das laufende Quartal wird er erst nach Ablauf des Vierteljahres bekannt gegeben. Im Geschäftsbereich Salz gab es laut K+S zudem hohe Bestände in Nordamerika. Dies führte zu einer geringeren Voreinlagerung von Auftausalz. Den vollständigen Finanzbericht zum Halbjahr veröffentlicht K+S am 11. August.

2015 hatte der Konzern insgesamt 4,18 Milliarden Euro umgesetzt, der Gewinn betrug 495,2 Millionen Euro. Für das laufende Jahr hatten die Kasseler bereits mit einem moderaten Umsatzrückgang und einer deutlichen Verringerung des operativen Ergebnisses gerechnet.

K+S ist der größte Salzhersteller der Welt. Den Großteil des Gewinns machen die Kasseler aber mit der Produktion von Kali-Dünger für die Landwirtschaft. Das Unternehmen beschäftigt rund 14 400 Mitarbeiter.

[dpa](#)

<http://www.hna.de/kassel/wohin-salzlauge-sucht-notloesung-uebergang-6524899.html>

HNA 28.06.2016

Zu wenig Regen begrenzt Entsorgung in Werra

Wohin mit der Salzlauge? K+S sucht Notlösung für Übergang

Kassel. Der Kasseler [K+S-Konzern hat eine Gewinnwarnung ausgesprochen](#). Um aus der aktuellen Entsorgungsklemme für seine Salzabwässer zu kommen, prüft er nun den Einsatz von Lkw- und Bahntransporten.

In Kesselwagen soll zumindest zeitweise weggefahren werden, was wegen zu niedrigem Wasserstand nicht in die Werra und wegen der scharf gekürzten Einleiterlaubnis auch nicht mehr durch Versenkbohrungen in poröse Gesteinsschichten im Untergrund darf. Fragen und Antworten:

Züge voller Abfalllauge aus dem Kalibergbau - ist das denn erlaubt?

Lkw- und Bahntransporte hat K+S in der Vergangenheit schon genutzt, um Abwasser vom Standort Neuhof-Ellers zur Werra zu fahren, als dort nahe Fulda 2006 die Versenkung in den Untergrund nicht weiter erlaubt wurde. 90 Lkw pendelten in Spitzenzeiten, bis im Oktober 2013 eine 63-Kilometer-Rohrleitung die Fahrten überflüssig machte. Der Salzabwassertransport aus Neuhof-Ellers zur sowieso hoch belasteten Werra und heftiger Widerstand aus Politik und Umweltschutz brachte damals die Entsorgung bei K+S ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit.

Aber wo sollen die Salzwasserzüge und Lkw-Kolonnen denn hinfahren?

Theoretisch könnten sie dort abladen, wo auf dem Papier der Planer noch Salzwasser in die Flüsse passt – trotz aller Vorgaben, Gewässer sauberer zu machen. Ab 2021 soll ja ein neues Rohr Lauge vorbei an der Werra leiten, in die nicht noch mehr davon darf als seit 1942 erlaubt. Das Rohr soll direkt zur Oberweser – trotz erbitterten Widerstands vor Ort und in Niedersachsens Landespolitik. Rohr oder Lkw – so oder so wäre eine behördliche Einleitgenehmigung nötig. Das gilt auch für Ideen, Kesselwagen gleich zur Nordsee zu schicken. Auch die Ostsee war immer schon mal im Gespräch.

Das hört sich nicht nach rascher Notlösung an, oder?

Eher nicht. Es gibt aber auch Platz in aufgegebenen Kaligruben. Vor allem in Niedersachsen, wo ausgebeutete Lagerstätten wie riesige Dome in der Vertikalen liegen und nicht wie im Werrarevier als flache horizontale Bänder. Alte Salzbergwerke in ihren nicht verfüllten Bereichen zu fluten, ist in Niedersachsen laut Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie vorgeschrieben. So will man Einbrüche, schlimmstens bis ganz nach oben, verhindern.

Gibt es Beispiele für eine derartige Entsorgung?

Ja, schwach radioaktives Salzwasser aus der Atomüll-Grube Asse bei Wolfenbüttel wird seit 2009 ins alte Bergwerk Mariagluck abgelassen. Mengemäßig fällt im Werrarevier aber viel mehr an.

Was sagt K+S zum Thema Kesselwagen?

Nichts Genaues - außer das man Lösungen suche.

Was sagt der RP zur gekürzten Versenkerlaubnis?

Nichts – außer dass das Computermodell, das die Ausbreitung zurücksteigender Versenkerabwässer im Buntsandstein prognostizieren soll, wohl immer noch nicht so arbeitet, wie es die Versenkerlaubnisse fordern.

Hintergrund: K+S – Rohsalze zu Dünger

- Der K+S-Umsatz stieg 2015 um neun Prozent auf fast 4,2 Milliarden, das Vorsteuerergebnis um 22 Prozent auf 781,6 Mio. Euro. Reingewinn: 542,3 Mio. Euro.
- Ergebnisprognose 2016 im April: unter der von 2015. Jetzt: Zehn Mio. Euro im zweiten Quartal statt 179, 2 Mio. Euro wie im Vorjahreszeitraum.
- Die K+S KALI GmbH gewinnt in sechs deutschen Bergwerken kalium-, magnesium- und schwefelhaltige Rohsalze, die zu Dünger verarbeitet werden. Der Konzern beschäftigt in Nord- und Osthessen fast 6000 Menschen, in Niedersachsen fast 1400.

Stichwort: Gewinnwarnung

Das Wertpapierhandelsgesetz schreibt börsennotierten Unternehmen (K+S im MDax), Veröffentlichungspflichten vor. Eine Gewinnwarnung, (Warnung vor sinkenden Gewinnen), muss unverzüglich erfolgen. Aktieninhaber verkaufen dann oft Anteile, der Börsenwert des Unternehmens sinkt. (tpa)

Onvista 28.06.2016

K+S: Käufer verlassen das sinkende Schiff

heute, 07:31 Boerse-Daily.de

Der Kali- und Salzhersteller [K+S](#) ist im gestrigen Handel massiv eingebrochen, nachdem das Unternehmen seine vorläufigen Zahlen für Q2 vorgelegt hat. Belastend hat sich ein weiterer Rückgang des Kalipreises auf das Ergebnis vor Zinsen und Steuern ausgewirkt, Analysten hatten mit einem deutlich besseren Ergebnis gerechnet.

Produktionsausfälle und ein weiterer Rückgang des Kalipreises haben den Gewinn von [K+S](#) im laufenden Geschäft praktische einbrechen lassen, wie das Kasseler Unternehmen am Montag in einer Gewinnwarnung bekanntgab. Analysten hatten im Schnitt mit dem Zehnfachen gerechnet, das Ergebnis vor Zinsen und Steuern sank auf nur noch rund 10 Millionen Euro. Starke Auswirkungen auf die Produktion hat dem zufolge der Entzug der Erlaubnis zum Versenken von Salzabwasser in die Werra gehabt, was zu einem deutlichen Produktionsrückgang geführt hat. Den endgültigen Finanzbericht zum Halbjahr veröffentlicht K+S am 11. August.

Aus technischer Sicht hat sich mit dem gestrigen Kursrückfall wurde mögliches Fass ohne Boden geöffnet, was zunächst Abgaben auf die Jahrestiefs erlauben sollte. Denn der Kursabschlag von über 12 Prozent zum Handelsschluss in dem Wertpapier des Kali- und Salzproduzenten führte zu einem eindeutigen Trendbruch, der im übergeordneten Abwärtstrend noch viel tiefere Tiefs zur Folge haben könnte und Short-Positionen auf dieses Unternehmen als kurzfristige sinnvollste Anlagestrategie erscheinen lässt.

TLZ vom 28.06.2016

Kali-Abbau in Unterbreizbach ruht

Aktienkurs des Salzproduzenten K+S stürzt nach Gewinnwarnung ab

Der Kali-Produzent K+S fährt wegen Entsorgungsproblemen erneut Kurzarbeit am Standort Unterbreizbach. Foto: Daniel Reinhardt

Von Timo Lindemann

Kassel/Unterbreizbach. Produktionsausfälle und ein weiterer Rückgang des Kalipreises haben den Gewinn des Kali- und Salzproduzenten K+S im laufenden Geschäft einbrechen lassen. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern sank im zweiten Quartal nach vorläufigen Zahlen von 179,2 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum auf noch rund 10 Millionen Euro. Dies gab das Kasseler MDax-Unternehmen in einer Gewinnwarnung bekannt. Analysten hatten im Schnitt erwartet, dass K+S das Zehnfache verdienen würde. Der Aktienkurs gab zwischenzeitlich um mehr als zehn Prozent nach.

Wegen einer gekappten Erlaubnis zum Versenken von Salzabwasser musste die Produktion im Werk Werra zuletzt häufiger gestoppt werden - so auch derzeit. An den Standorten Hattorf im ostthüringischen Philippsthal und in Unterbreizbach in Thüringen ruhen seit etwa einer Woche große Teile der Produktion und Teile der Kali-Förderung. Betroffen seien rund 1000 Beschäftigte, davon etwa 650 in Hessen, sagte ein Unternehmenssprecher.

Die Entsorgung salzhaltiger Abwässer muss sich nach Vorgaben der Behörden an der Wasserführung der Werra im hessisch-thüringischen Grenzgebiet ausrichten: Bei niedrigem Wasserstand darf kaum Lauge in den Fluss geleitet werden. An diesem Dienstag werde entschieden, wie es in beiden Werken angesichts der Entsorgungsmöglichkeiten weitergehe, sagte der Sprecher.

Seit Beginn des Jahres mussten die Standorte Unterbreizbach und Hattorf an bis zu 49 Tagen die Produktion einstellen. Dadurch wurden rund 400 000 Tonnen weniger Kali produziert. K+S will nun prüfen, das Abwasser vorübergehend mit Lastwagen und der Bahn abzutransportieren.

Laut K+S lag der Kali-Durchschnittspreis im zweiten Quartal 2015 noch bei rund 310 Euro je Tonne. Für das laufende Quartal wird er erst nach Ablauf des Vierteljahres bekannt gegeben. Im Geschäftsbereich Salz gab es laut K+S zudem hohe Bestände in Nordamerika. Dies führte zu einer geringeren Voreinlagerung von Auftausalz. Den vollständigen Finanzbericht zum Halbjahr veröffentlicht K+S am 11. August. 2015 hatte der Konzern insgesamt 4,18 Milliarden Euro umgesetzt, der Gewinn betrug 495,2 Millionen Euro. Für das laufende Jahr hatten die Kasseler bereits mit einem

moderaten Umsatzrückgang und einer deutlichen Verringerung des operativen Ergebnisses gerechnet.

Im Vorfeld des heutigen Besuchs von Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) und Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) im Bergwerk Merkers mahnte der CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte (CDU) ein Signal der Unterstützung an die Kalikumpel in der Werra-Region an. "Seit vielen Monaten schwelt mittlerweile die Unsicherheit in der Region. Die Thüringer Landesregierung hat eine Mitverantwortung daran, die 4000 Jobs zu sichern. Alle Aufforderungen sind bisher an Rot-Rot-Grün abgeprallt. Die Enttäuschung darüber ist zu Recht groß", sagte Hirte.

"Gerade jemand wie Bodo Ramelow, der seinen Einsatz für die Kali-Kumpel in Bischofferode 1993 bis heute wie eine Monstranz vor sich herträgt, sollte sich bekennen. Die vielen tausend Familien sollten ihm nicht egal sein", betont Hirte. Aus Sicht des Bundespolitikers müssten Umweltinteressen und die Interessen des Industriestandortes mit gleichem Gewicht behandelt werden. "K+S hat sicher nicht alles richtig gemacht in der Vergangenheit. Aber die bisherigen Ergebnisse wie der Masterplan der fünf Anrainerländer kann nicht das Ende der Diskussion sein. Politik muss schon so sensibel sein, dass wir nicht am Ende den Industriestandort Deutschland Stück für Stück demontieren. Wir brauchen weniger Ideologie und mehr Verständnis für die unterschiedlichen Interessen aller Betroffenen."

In der Vergangenheit habe Ramelow sich stets zum Kämpfer für Arbeitsplätze erhoben. "Unsere Solidarität mit den [] Kalikumpeln in Bischofferode war gelebte und praktizierte politische Arbeit", so Ramelow noch 2011 wörtlich. "Ein klares Wort des Ministerpräsidenten zur Werra-Region ist deshalb dringend geboten. Die Zukunft der Arbeitsplätze darf nicht am Ende von den Wetterbedingungen abhängig sein", erklärt Hirte angesichts aktueller Kurzarbeit.

PM WWA 29.06.2016

Der Moment der Wahrheit

Die von K+S erhoffte Erlaubnis zur Versenkung ihrer Abwässer kann offensichtlich immer noch nicht erteilt werden

Dem Kalihersteller K+S war im November 2015 gestattet worden, seine Abwässer weiterhin, wenn auch in vermindertem Umfang in den Untergrund zu verpressen. Man ist davon ausgegangen, dass bis Juni 2016 der Nachweis geführt werden kann, dass dieser Entsorgungsweg unbedenklich ist. Dabei wurde K+S sogar von einem Behördengutachter unterstützt. Die erhoffte Erlaubnis ist jedoch bisher nicht erteilt worden.

Man muss deshalb davon ausgehen, dass der schon für Dezember 2013 angeforderte "Unbedenklichkeitsnachweis" immer noch nicht gelungen ist. Wir halten es auch für abenteuerlich, davon auszugehen, dass ein solcher Nachweis gelingen könnte. Wir wissen aus inzwischen veröffentlichten Behördenakten, dass in der Umgebung der Versenkstellen schon vor Jahrzehnten Trinkwasservorkommen vernichtet worden sind; das Abwassersystem der Stadt Heringen wird als Folge der Laugenversenkung durch aufsteigende Salzwässer geschädigt. Ein aktuelles Gerichtsgutachten teilt die Ansicht von hessischen Fachbehörden, dass eine Fortführung der Laugenversenkung selbst in vermindertem Ausmaß den Gewässerschaden vergrößert. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, unter denen das Wasserhaushaltsgesetz keinen Ermessensspielraum lässt: die Versenkung der Abfalllaugen muss eingestellt werden. Das Regierungspräsidium Kassel scheint sich nunmehr der Einschätzung der thüringischen und hessischen Fachbehörden anzunähern.

Es ist nachzuvollziehen, dass die K+S AG nun seine Aktionäre vor einem Umsatz- und Gewinneinbruch warnt. Seit 2015 hat die Kalibranche mit Absatzproblemen und Preisverfall zu kämpfen, viele Hersteller haben deshalb ihre Produktion zurückgefahren. Unternehmerische Voraussicht dürfte der Grund für den Branchenriesen PCS gewesen sein, K+S vor einem Jahr ein Übernahmeangebot zu machen. Gemeinsam hätte man der Kalikrise besser begegnen können, der Standort in Deutschland sollte ausdrücklich geschützt werden. K+S hatte das Angebot von 41,50 Euro pro Aktie abgewiesen, weil es angeblich den "inneren Wert" des Unternehmens nicht abbildete. Der "innere Wert" scheint weitgehend entwichen zu sein, denn am Tag nach der Gewinnwarnung war die Aktie weniger als 18 Euro wert.

Verhängnisvolle Entsorgungspolitik

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz warnt seit Jahren davor, dass sich K+S mit seiner Entsorgungspolitik in eine ausweglose Situation bringen könnte. K+S hat seit Inkrafttreten der EU-WRRRL im Jahre 2000 nichts unternommen, um den gesetzlichen Umweltstandards auch nur nahe zu kommen und sich unabhängig zu machen von dem besonders kritischen Entsorgungsweg der Laugenversenkung. Dem Endbericht des Pilotprojekts Werra-Salzabwasser (2007) kann

man bereits entnehmen, dass das Unternehmen auf die Anwendung von Ausnahmenvorschriften setzt. Die EU-Kommission hat aber 2015 betont, dass die hierfür notwendigen Voraussetzungen nicht vorliegen. Auch ein Urteil des EuGH vom Juli 2015 schließt jeden vermeintlichen Spielraum aus. Die jetzige Krise ist die notwendige Folge einer verfehlten Firmenpolitik.

Mit dem Kesselwagen an die Oberweser?

Diese Firmenpolitik scheint sich fortzusetzen. In der aktuellen Krisensituation werden wieder untaugliche Entsorgungsvarianten als "Übergang" ins Spiel gebracht, in diesem Fall sind es die Flutung von Bergwerken und der Abtransport von Salzlaugen mit Kesselwagen. Diese Vorschläge scheinen eher geeignet, die Öffentlichkeit zu verwirren als K+S aus der selbst angerührten Patsche zu helfen. Die entscheidenden Fragen sind nämlich nicht geklärt. K+S selbst hatte 2009 das Einstapeln von Salzlaugen in Bergwerken aus Sicherheitsgründen abgelehnt und der Transport an die Nordsee ist dem Unternehmen angeblich wirtschaftlich nicht zuzumuten.

Oder will K+S die Abwässer an die Oberweser transportieren? Dort sollen sie ja nach der Fertigstellung der "Oberweserpipeline" ohnehin verklappt werden. K+S müsste dazu - noch vor der Oberweserpipeline" - nur noch eine Bahnlinie bis Gieselwerder bauen sowie einen Güterbahnhof ganz in der Nähe.

Spätestens damit zeigt sich, dass die Albernheit der "Übergangslösungen" kaum noch zu überbieten ist. K+S scheint immer noch nicht bereit zu sein, die Verantwortung für die selbst geschaffenen Probleme auch selbst zu übernehmen.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-06/37838574-blick-am-morgen-bayer-und-k-s-531.htm>

Finanznachrichten 30.06.2016

Das war eine Gewinnwarnung, die sich gewaschen hatte: Die K+S AG hatte zu Wochenbeginn mitgeteilt, dass den vorläufigen Zahlen für das zweite Quartal zufolge der operative Gewinn (gemessen am Ebit I) für das zweite Quartal bei lediglich 10 Mio. Euro gelegen habe. Zum Vergleich: Im zweiten Quartal 2015 waren noch 179,2 Mio. Euro an Ebit I erzielt worden. **Ein Einbruch um 94,4%.**

Hier zeigte sich wieder einmal, wie stark die K+S AG vom Preis der Kalipreise abhängig ist. Erinnert mich an die Situation einiger Entwicklungsländer, die auch stark vom Preis eines einzigen Produktes (wie Kakao oder Kaffee) abhängig sind. Und dessen Entwicklung hat man nicht in der Hand. Anders als im Fall von Kali wie z.B. ein wirkliches Schwergewicht wie Uralkali, die mit Produktionsbeschränkungen etc. die Kalipreise wirklich beeinflussen können. K+S hingegen kann im Grunde nur reagieren und ist damit sehr stark vom Preis eines einzigen Produktes abhängig.

Natürlich, das Kali-Geschäft ist nicht alles, K+S trägt es bereits im alten Namen (Kali + Salz), es gibt auch das Salzgeschäft. Doch auch da lief es offensichtlich zuletzt nicht gut: K+S berichtete, dass es aufgrund geringerer "Voreinlagerung von Auftausalz" zu deutlich geringerem Absatz kam. Die Lager der Kunden sind offensichtlich voll (besonders in Nordamerika). Insgesamt äußerst unerfreulich - spannend wird es nun, was K+S als weitere Prognose gibt. Doch dafür werden wir voraussichtlich bis zum vollständigen Halbjahresfinanzbericht warten müssen, der planmäßig für den 11. August ansteht.

4. Elfmeterrekord - K+S stapelt hoch

<http://osthessen-news.de/n11532515/kaliwerk-werra-grosskomponente-mit-kran-in-elf-metern-hoehe-eingesetzt.html>

Osthessen News 09.06.2016

09.06.16 - PHILIPPSTHAL/W.

Erste Bauabschnitt fertiggestellt

Kaliwerk Werra: Großkomponente mit Kran in elf Metern Höhe eingesetzt

Es geht mit großen Schritten voran: Sechs Wochen nach dem Richtfest für die Kainitkristallisation mit anschließender Flotation, kurz KKF, ist der erste Bauabschnitt der Anlage auf dem Standort Hattorf des Kaliwerkes Werra fertiggestellt. Der Stahlbau ist zu einem Sechstel montiert und auch die ersten zehn Großkomponenten der Anlage wurden bereits eingefügt. Am Mittwoch wurde ein 43 Tonnen schwerer Behälter, ein sogenanntes Ausrührgefäß, in elf Metern Höhe eingehängt. Der Behälter hat einen Durchmesser von sechs Metern und eine Länge von zwölf Metern. Behutsam wurde er mit zwei Kränen vom Tieflader aufgerichtet, in die Höhe gezogen und dann passgenau neben zwei andere Großkomponenten eingesetzt. Knapp eineinhalb Stunden dauerte die Aktion. „Wir sind mit dem Bau der neuen KKF-Anlage absolut im Zeitplan und die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Firmen geht Hand in Hand“, sagt Projektingenieur Matthias Jacob.

Wie bei allen Maßnahmen hat das Werk Werra der K+S KALI GmbH auch beim Bau der KKF-Anlage wieder viele Firmen aus der Region beteiligt: Der am Mittwoch eingesetzte Behälter etwa wurde von der Firma Ebner aus Eiterfeld geplant und bei Messer in Heringen gefertigt. In der Nacht vor der Montage wurde der Koloss per Sondertransport von der Firma CC Bäuml aus Schlitz von Lengers nach Philippsthal angeliefert. Vor Ort kümmerte sich H & S Autokran GmbH aus Wildeck um die Kranarbeiten.

Weitere Großkomponenten im Februar

Bis September werden 60 Prozent der Apparate der KKF-Anlage verbaut sein. Dann erfolge der weitere Stahlbau, bevor im Februar kommenden Jahres die verbleibenden 40 Prozent der Großkomponenten in die Anlage eingefügt werden. Die neue KKF-Anlage soll Anfang 2018 ihren Betrieb aufnehmen. Der Bau der KKF-Anlage markiere einen weiteren Meilenstein in den Bemühungen von K+S, das Flusssystem Werra-Weser im Sinne der Umwelt nachhaltig zu entlasten und zugleich die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze und Standorte im hessisch-thüringischen Kalirevier zu sichern. Nachdem K+S mit dem Maßnahmenpaket zum Gewässerschutz die Abwassermenge des Verbundwerkes Werra halbiert hat, werde die Abwassermenge mit der neuen Aufbereitungsanlage nochmals um 1,5 Millionen auf insgesamt 5,5 Millionen Kubikmeter/Jahr reduziert. Die KKF habe einen Investitionsumfang von insgesamt 165 Millionen Euro. +++

5. Wunschdenken - Der Vorwurf der Aktenmanipulation ist nicht vom Tisch

<http://www.hna.de/kassel/ks-verfahren-wegen-gewaesserverunreinigung-eingestellt-6467873.html>

HNA 07.06.2016

Staatsanwaltschaft sieht kein strafbares Verhalten

K+S: Verfahren wegen Gewässerverunreinigung eingestellt

07.06.16 11:46

Kassel. Die Staatsanwaltschaft Kassel hat laut Mitteilung des K+S-Konzerns ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der versuchten Gewässerverunreinigung eingestellt.

Ende 2015 hatten die thüringische Gemeinde Gerstungen, die Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“ und der Verband für Angeln und Naturschutz Thüringen Anzeige erstattet.

Sie werfen dem Unternehmen mit Blick auf die Kaliproduktion an der Werra Trickereien bei der Abfallentsorgung vor: Der von K+S im April 2015 gestellte Antrag auf Weiterführung der Versenkung von Kaliabwässern in tiefe poröse Gesteinsschichten auf hessischem Gebiet über November 2015 hinaus, habe versucht, mit manipulierten Unterlagen beim RP Kassel widerrechtlich zum Ziel zu kommen.

Derartige Versuche habe die Anklagebehörde nicht feststellen können, so K+S am Dienstag, ebensowenig versuchte oder vollendete Gewässerverunreinigung. Deshalb sei das Verfahren mangels Tatverdacht eingestellt. Gewässerverunreinigung als Straftatbestand kommt in Betracht, wenn Behördenerlaubnisse zur Abwasserversenkung widerrechtlich erlangt sind. Die Kasseler Staatsanwaltschaft bestätigte die Einstellung des Verfahrens.

Vom Kasseler Verfahren zu trennen ist die Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Meiningen: Dort geht es um alte Versenkungen von 1999 bis 2007 nahe der Thüringer Gemeinde Gerstungen. Dort geht es zudem um eine fertige Anklage wegen Gewässerverunreinigung und unerlaubtem Umgang mit Abfällen. Vor Gericht sollen 14 K+S-Mitarbeiter, darunter Vorstandschef Norbert Steiner und sein Amtsvorgänger Ralf Bethke, sowie drei Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes.

Ob die Anklage beim Landgericht Meiningen zur Hauptverhandlungen zugelassen wird, ist aber offen.

<http://www.faz.net/agenturmeldungen/unternehmensnachrichten/teilerfolg-fuer-k-s-staatsanwaltschaft-kassel-stellt-verfahren-ein-14273996.html>

FAZ 07.06.2016

Teilerfolg für K+S

Staatsanwaltschaft Kassel stellt Verfahren ein

KASSEL (dpa-AFX) - Teilerfolg für den Salz- und Düngemittelkonzerns **K+S** <SDF.ETR> bei seinen Rechtsstreitigkeiten: Die Staatsanwaltschaft Kassel hat nach Firmenangaben das Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der Kali-Tochter K+S Kali GmbH wegen versuchter Gewässerverunreinigung mangels Tatverdacht eingestellt. Die Staatsanwaltschaft sehe kein strafbares Verhalten, teilte der Konzern am Dienstag in Kassel mit. K+S war nach eigenen Angaben unter anderem vorgeworfen worden, dass das Unternehmen Unterlagen im Zusammenhang mit dem im April 2015 gestellten Antrag auf Fortsetzung der Versenkung von Reststoffen aus seiner Produktion manipuliert habe.

Unterdessen gibt es noch keine Entscheidung zur Anklage der Staatsanwaltschaft Meiningen wegen Trinkwasserverunreinigung im Kalirevier Werra. Beschuldigt sind hier außer Aufsichtsratschef Ralf Bethke und Konzernchef Norbert Steiner auch noch weitere K+S-Manager. Nach Stellungnahmen der Angeschuldigten entscheidet das Landgericht Meiningen über die Eröffnung eines Hauptverfahrens. Ein Termin dafür steht noch nicht fest.

HNA 08.06.2016

Warten auf Meiningen

Anklage gegen K+S-Manager und andere: Landgericht entscheidet erst im Herbst

VON WOLFGANG RIEK

KASSEL/MEININGEN. Etappensieg für K+S bei der Kasseler Staatsanwaltschaft, Warten auf die Entscheidung des Landgerichts Meiningen: In Hessen ist ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Gewässerverunreinigung bei der Kaliabwasserbeseitigung im osthessischen Werk Werra mangels Tatverdacht eingestellt worden, in Thüringen könnte es zu ähnlichen Vorwürfen einen Mammutprozess geben. Fragen und Antworten:

?Acht Jahre hat die Staatsanwaltschaft Meiningen für eine Anklage gebraucht. Wann kommt der Prozess?

! Ob die Anklage wegen Gewässerverunreinigung und unerlaubtem Umgang mit Abfällen in eine Hauptverhandlung mündet, ist offen. Vor Ende August gebe es keine Entscheidung, hieß es gestern beim Landgericht Meiningen. Es seien weitere Pflichtverteidiger bestellt worden, die Akten umfangreich und die Zahl der Angeklagten mit 17 außergewöhnlich hoch.

?Bei den Ermittlungen in Kassel behaupteten die Anzeigen manipulierte Behördenerlaubnisse. Was ist in Meiningen der Kern der Anklage?

! Viel mehr als manipulierte Akten: Die Versenkung von Salzabwässern aus der Kaliproduktion im Werrarevier – in diesem Fall von 1999 bis 2007 nahe der Thüringer Gemeinde Gerstungen – verunreinige oberhalb der Versenkschichten „nachhaltig auch das Trinkwasser“ im Buntsandstein, so die Staatsanwaltschaft zu ihren Vorwürfen.

?Angeklagt sind 14 K+S-Manager und drei Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes. Warum?

! Es müsse zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörde in Thüringen „zumindest stillschweigendes Einverständnis bestanden haben, dass die Genehmigungen rechtlich nicht zu vertreten gewesen sind“. Allen Beteiligten müsse klar gewesen sein, dass Aussagen und Gutachten mit dem Fazit, um mögliche Verunreinigung nutzbarer Grundwassers durch zurücksteigende Salzlauge müsse man sich keine Sorgen machen, falsch seien. Dasselbe gelte auch für Aussagen, „dass ein Anstieg des Salzgehaltes in einigen Messstellen ab dem Jahr 2003 nichts mit der Versenkung zu tun habe“.

?Was sagt K+S zu den Vorwürfen?

! Man halte die Thüringer Genehmigungen für rechtmäßig, sehe keine Anhaltspunkte für strafbares Verhalten und wolle sich nicht weiter äußern, hieß es im März.

?Zurück zur aktuellen Versenkung in Hessen: Der RP Kassel hat mit Blick auf Grund und Trinkwasser diesen Hahn stark zugelehrt. Gegen Bedenken von K+S – tut sich da was?

! Ein Computermodell, das die Ausbreitung von zurücksteigendem Salzabwasser im Grundwasserleiter Buntsandstein der Werraregion kontrollieren und prognostizieren soll, funktionierte Ende 2015 immer noch nicht so, wie von den Behörden seit Jahren gefordert. Nach allem was damals gesagt wurde, könnten angekündigte Nachbesserungen bald fertig sein. Inoffiziell wird von guten Signalen gesprochen. Amtlich ist das – und damit die Erlaubnis größerer Versenkmengen – aber nicht.

ks-zweifelhafte-reinwaschung-des-duengemittelkonzerns

Wirtschaftswoche 16.06.2016

Zweifelhafte Reinwaschung des Düngemittelkonzerns

Von: [Andreas Macho](#)

Der Düngemittelkonzern K+S sieht sich vom Vorwurf der illegalen Verunreinigung entlastet. Die Tatsachen sind weniger eindeutig.

Alles sauber an der Werra. Den Eindruck erweckt eine Pressemitteilung, die der Düngemittelkonzern K+S in der vergangenen Woche verschickte. Darin heißt es, dass die Staatsanwaltschaft weder eine Gewässerverunreinigung festgestellt habe, noch sei „durch Manipulation von Unterlagen versucht worden, eine behördliche Genehmigung widerrechtlich zu erlangen.“

Nach einer Anzeige der Gemeinde Gerstungen war seit Ende 2015 gegen K+S ermittelt worden. Tatsächlich haben die Staatsanwälte das Verfahren vergangene Woche eingestellt. Doch der Einstellungsbeschluss, der der WirtschaftsWoche vorliegt, zeigt, dass die Entscheidung den Konzern weniger rein wäscht, als er suggeriert. Für K+S kann das Folgen haben: Ein Aktionär reichte deshalb am Montag eine Beschwerde bei der BaFin wegen möglicher Marktmanipulation nach dem Wertpapierhandelsgesetz ein.

Denn die Staatsanwaltschaft Kassel äußert in dem Einstellungsbeschluss massive Zweifel an der Zuverlässigkeit eines dreidimensionalen Modells, mit dem K+S die Verteilung der Salzabfälle im Untergrund berechnet. Der Konzern musste der Behörde vorlegen. Diese konnte „nach derzeitigem Ermittlungsstand“ allerdings nicht feststellen, „ob eine bewusste Manipulation“ für die Zweifel ursächlich sei oder nicht. Da die Behörde das 3D-Modell wegen „bestehender Schwächen“ ihrer Genehmigung nicht zugrunde legte, lief die strafrechtliche Bewertung einer möglichen Manipulation ins Leere.

K+S erklärt, keinen Widerspruch zwischen der Presseinformation und der Einstellungsentscheidung der Staatsanwaltschaft erkennen zu können und spricht von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten. Sollte die BaFin dem Beschwerdeführer Recht geben, droht K+S eine Geldbuße in Höhe von maximal einer Million Euro. Meistens fallen die Strafen aber deutlich geringer aus. Von der Beschwerde hat K+S nach eigenen Angaben keine Kenntnis.

Unabhängig von dem eingestellten Ermittlungsverfahren in Kassel läuft indes die Anklage der Staatsanwaltschaft Meiningen gegen Konzernchef Norbert Steiner, dessen Aufsichtsratschef Ralf Bethke und weitere teils ehemalige K+S-Leute wegen gemeinschaftlicher Gewässerverunreinigung. Das Landgericht Meiningen wird in den kommenden Monaten entscheiden, ob es die Anklage zur Verhandlung zulässt.

16. Juni 2016

Gemeinsame Presseinformation der Gemeinde Gerstungen, des Verbandes für Angeln und Naturschutz Thüringen e.V. (VANT) sowie der Bürgerinitiative "Für ein lebenswertes Werratal" e.V (BI).

Kein Freibrief für K+S durch Staatsanwaltschaft Kassel

Staatsanwaltschaft hatte ausdrücklich nicht festgestellt, dass keine Manipulation von Antragsunterlagen durch K+S erfolgt sei!

Auch Gerichtsgutachter bestätigt Grundwasserschädigung durch Fortsetzung der Versenkung und Untauglichkeit des 3-D-Modell von K+S

Wie in der vergangenen Woche bekannt wurde, stellte die Staatsanwaltschaft Kassel ein Ermittlungsverfahren wegen Gewässerverunreinigung mit Verfügung vom 10.05.2016 ein.

Hintergrund war eine Strafanzeige der oben genannten Institutionen wegen versuchter Gewässerverunreinigung im Hinblick auf mutmaßlich manipulierte Antragsunterlagen (3D-Grundwassermodell) durch K+S vom 14.12.2015.

Die Staatsanwaltschaft Kassel hat das Ermittlungsverfahren zunächst wegen Anfangsverdacht eröffnet und gleichzeitig im Hinblick auf die zwischenzeitlich erteilte Übergangserlaubnis des Regierungspräsidiums Kassel vom 17.12.2015 auf den Tatbestand der vollendeten Gewässerverunreinigung ausgedehnt.

Die Staatsanwaltschaft Kassel hatte zu Recht festgestellt, dass wegen erheblicher Zweifel der Behörden an den Antragsunterlagen und dem 3D-Grundwassermodell von K+S die Übergangserlaubnis zur Versenkung von Salzabwasser vom 17.12.2015 nicht auf den Angaben von K+S beruht und insoweit einen Zusammenhang richtigerweise ausgeschlossen. Diese Frage war auch nicht Gegenstand der Strafanzeige.

Die Staatsanwaltschaft Kassel war der Ansicht, dass die Stellung eines möglicherweise manipulierten Antrages (3D-Modell) auf Erteilung einer Genehmigung durch K+S, allein für sich betrachtet, noch nicht das strafbare Versuchsstadium einer Gewässerverunreinigung erreicht. Diesbezüglich wird noch eine rechtliche Überprüfung der Einschätzung der

Staatsanwaltschaft Kassel seitens der Anzeigerstatter erfolgen.

Ausdrücklich offen gelassen wurde von der Staatsanwaltschaft Kassel, ob eine Manipulation der Antragsunterlagen vorlag oder nicht. Denn dies war für die Staatsanwaltschaft Kassel nicht entscheidungserheblich. Die Staatsanwaltschaft Kassel stellte ausdrücklich klar:

„Zwar existieren infolge der Auswertung der fachbehördlichen Verfahrensakten deutliche Hinweise darauf, dass angesichts zutage getretener Schwächen, die Entwicklung des hier relevanten 3-D-Modells noch nicht als abgeschlossen anzusehen ist. Ob hingegen eine bewußte Manipulation, etwa durch vorsätzliches Einspeisen ungeeigneter bzw. das Weglassen wesentlicher Parameter dafür ursächlich ist, kann nach derzeitigem Ermittlungsstand nicht beantwortet werden.“

K+S hatte in der Pressemitteilung vom 07.06.2016 behauptet:

„Nach eingehender Prüfung der erhobenen Vorwürfe stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass weder der Tatbestand der versuchten oder vollendeten Gewässerverunreinigung vorlag, noch durch Manipulation von Unterlagen versucht worden sei, eine behördliche Genehmigung widerrechtlich zu erlangen.“ (Unterstreichung durch Autoren)

Warum K+S entgegen den eindeutigen Ausführungen der Staatsanwaltschaft öffentlich mit einer Pressemitteilung den Eindruck zu erwecken versucht, es sei durch die Staatsanwaltschaft festgestellt worden, dass keine Manipulation vorgelegen habe, ist nicht nachzuvollziehen.

Die Konsequenzen sind hier erheblich. Die neue Erlaubnis darf selbst nach Ansicht des Regierungspräsidiums Kassel nur auf Grundlage eines ausreichend kalibrierten, funktionsfähigen 3D-Grundwassermodells erfolgen. Da der Verdacht der Manipulation von Antragsunterlagen nicht durch die Staatsanwaltschaft Kassel ausgeräumt wurde, wird das Regierungspräsidium Kassel noch kritischer als bisher die Frage der Fortsetzung der Erlaubnis prüfen müssen, um sich nicht selbst in Kenntnis der Situation in die Gefahr einer Strafbarkeit zu begeben.

Tatsächlich ist schon allein deshalb die Erteilung einer weiteren Erlaubnis zur Versenkung von Salzabwasser noch unwahrscheinlicher geworden.

Hinzu kommt, dass zwischenzeitlich auch durch einen Gerichtsgutachter in einem Verwaltungsrechtsstreit mit dem Land Hessen und K+S festgestellt wurde, dass

- grundsätzlich jede weitere Versenkung zu einer Vergrößerung der Salzabwasserbelastung des Grundwassers (Grundwasserschaden) führen wird,
- das 3-D-Modell von K+S wegen struktureller Mängel und fehlender Genauigkeit als Prognoseinstrument nicht funktionieren kann und
- auch die Gefährdung der Trinkwasserversorgung wegen der Vielzahl von Unsicherheitsfaktoren nicht sicher ausgeschlossen werden kann.

Die im Bewirtschaftungsplan für Werra und Weser festgelegten Rahmenbedingungen können demzufolge nicht eingehalten werden. Hierüber wird sich das Regierungspräsidium Kassel als Genehmigungsbehörde ebenfalls nicht hinwegsetzen können.

6. Hier lacht der Salzkrebs

<http://gruene-thueringen.de/projekte-f%C3%BCr-den-bundestagswahlkampf>

Projekte für den Bundestagswahlkampf

20.06.2016

Verbesserung der Wasserqualität an Werra und Weser durch verminderten Salzeintrag

Die Altlastensanierung des Kalibergbaus muss in Zusammenarbeit von Bund und den betroffenen Bundesländern auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden. Die Versenkung von Kalilauge muss zügig eingestellt und eine naturverträgliche Lösung für die oberirdischen Salzhalden gefunden werden.

7. Gewässerversalzung und Mobbing - Die Grünen ganz intim

Göttinger Tageblatt 07.06.2016

Mobbing-Streit im Grünen-Ortsverband Hann. Münden Spätfolgen einer Puppen-Verbrennung

Es war nur ein Strohfeuer, aber eines mit Spätfolgen. Im Mai 2015 haben Protestler im Kampf gegen die Weser-Versalzung eine Stroh puppe verbrannt. Örtliche Grüne warfen dem SPD-Landtagsabgeordneten Ronald Schminke Teilnahme an dem "Nazi-Ritual" vor - wofür sich der Kreisvorstand später entschuldigte. Das entzweiten den Grünen-Ortsvorstand derart, dass der Streit nun vor Gericht ging.

HNA 08.06.2016

Rechtsstreit belastet die Mündener Grünen

Ex-Vorstand Bretzler verklagt Vorstand Teichmann

HANN. MÜNDEN. Ein Rechtsstreit vor dem Mündener Amtsgericht zwischen dem früheren Vorstandsmitglied der Mündener Grünen, Martin Bretzler, und dem aktuellen Vorstandsmitglied Hartmut Teichmann belastet die Grünen.

Vor dem Amtsgericht Hann. Münden ist am Dienstag ein Gütetermin gescheitert. Bretzler hat Teichmann verklagt, Äußerungen künftig zu unterlassen, die dieser in einer E-Mail aus seiner Zeit als Kassierer an Mitglieder der Mündener und Göttinger Grünen verschickt hatte, in der er seinen Rücktritt als Kassierer begründet.

Teichmann geht darin auf Vorwürfe Bretzlers ein, eine Rechnung für einen Rechtsanwalt in einem Verfahren der Grünen mit der Stadt Hann. Münden nicht rechtzeitig bezahlt zu haben, sodass eine Zwangsvollstreckung im Raum gestanden habe. Dagegen verwahrte sich Teichmann. Er habe von Bretzler nie eine Rechnung erhalten. Zudem habe er lange darauf warten müssen, eine Vollmacht für das Konto der Grünen zu bekommen.

Ein weiterer Grund für die Unterlassungsklage, und für Bretzler der „emotional wichtigste Antrag“, sei Teichmanns Vorwurf, er habe ihn gemobbt. Teichmann hatte zudem von einem „Schmierentheater“ gesprochen, um ihn aus dem Ortsverband zu drängen. Teichmann bestritt die Äußerung nicht, sondern versuchte mit seiner Anwältin dezidiert zu belegen, dass ihn wegen der säumigen Rechnung keine Pflichtverletzung vorzuwerfen sei.

Eine Entscheidung will Richter Thomas Matusche am 23. Juni verkünden. Möglicherweise gibt es auch eine weitere Beweisaufnahme. (ems)

Partei im Umbruch

Die Mündener Grünen stehen vor einem größeren Umbruch als bisher bekannt. Das frühere Vorstandsmitglied Martin Bretzler kündigte vor dem Hintergrund des Streits mit dem aktuellen Vorstandsmitglied Hartmut Teichmann an, zum 31. Oktober aus der Partei auszutreten. Mit ihm würden, außer Lena Kürschner, auch die übrigen Fraktionsmitglieder die Partei verlassen sowie weitere Mitglieder des Ortsverbandes. Bisher war nur bekannt, dass Bretzler, Dirk Ammermann und Sabine Haegner nicht mehr für den Rat kandidieren. Der nach dem Rücktritt Bretzlers neu gewählte Vorstand besteht aus Teichmann, Kürschner und Regina Hilsberg. (ems)

Göttinger Tageblatt 08.06.2016

Spätfolgen einer Puppenverbrennung

Mobbing-Streit im Grünen-Ortsverband landet vor dem Amtsrichter - Im März hatte der Streit bereits zur Auflösung des gesamten Ortsverbandes-Vorstands geführt

Hann.Münden. Es war nur ein Strohfeuer, aber eines mit Spätfolgen. Im Mai 2015 haben Protestler im Kampf um die Weser-Versalzung eine Strohpuppe verbrannt. Örtliche Grüne warfen dem SPD-Landtagsabgeordneten Ronald Schminke Teilnahme an dem "Nazi-Ritual" vor - wofür sich der Kreisverband später entschuldigte. Das entzweit den Grünen-Ortsvorstand derart, dass der Streit nun vor Gericht ging.

Am Dienstag war Verhandlung: Konkret ging es um eine Unterlassungsklage. Der frühere Grünen-Ortsvorsitzende Martin Bretzler, noch immer Fraktionschef im Rat und Grüner im Kreistag, hat seinen ehemaligen Schatzmeister Hartmut Teichmann verklagt. Dieser möge beleidigende Äußerungen nicht wiederholen und den Vorwurf, er sei von Bretzler gemobbt worden, zurücknehmen.

Die Strohpuppen-Affäre, in der sich Teichmann als Schminke-Kritiker hervortat, war nur die Vorgeschichte. Bretzler macht sich heute Vorwürfe, nicht sofort eingeschritten zu sein und klargestellt zu haben, dass der Vorwurf keineswegs Grünen-Position gewesen sei. tatsächlich hatte sich Schminke nämlich distanziert, als bei der Aktion in Hemeln plötzlich eine Puppe brannte.

Seitdem aber hing der Hausseggen schief im Mündener Ortsverband. Dass die Grünen auch noch Schminkes Anwaltskosten zahlen sollten, brachte neuen Streit. In einer Mail warf Bretzler seinem Kassenwart dann vor, dieser zahle eine Anwaltsrechnung absichtlich nicht. Der Ortsvorstand stehe "kurz vor Zwangsvollstreckung" und er "schäme" sich vor den Kollegen für diese Kassenführung.

Gemeint war Teichmann, der behauptete, die Rechnung nie erhalten zu haben und die Mail des Vorsitzenden "erbärmliches Schmierentheater" nannte. Er werde vom Vorsitzenden gemobbt, beklagte er sich. Dass er diese Antwort auch an führende Politiker im Kreisverband sandte und zugleich von seinem Amt zurücktrat, betrachtet Bretzler als Schmähkritik, deren Wiederholung er dem Ex-Kollegen nun gerichtlich verbieten lassen will.

Amtsgerichtsdirektor Thomas Matusche konnte in einem Vergleichsvorschlag den Beklagten immerhin die Zusage abringen, die Kritik nicht mehr zu erneuern. Teichmann akzeptierte gar, ein Viertel der Prozesskosten zu tragen. Bretzler aber besteht auf dem Urteil, das am 23. Juni folgen soll. Der Jurist und Anwalt Bretzler hält die Äußerungen in der Mail für nicht zulässige Werturteile, die wegen ihrer Verbreitung im ganzen Kreisverband schwer wiegen.

Im März hatte der Streit bereits zur Auflösung des ganzen Ortsverbands-Vorstandes Münden geführt. Inzwischen wurde dieser neu gewählt. Mit im Vorstand Hartmut Teichmann. Aber die Kasse führt er nicht mehr. Das macht nun Lena Kürschner.

<http://www.hna.de/lokales/hann-muenden/hann-muenden-ort60343/rechtsstreit-gruenen-geht-weiter-6512699.html>

HNA 23.06.2016

Noch kein Urteil

Rechtsstreit der Grünen wegen Mobbingvorwürfen geht weiter

Hann.Münden. Im Rechtsstreit der Mündener Grünen um Mobbingvorwürfe gibt es noch kein Urteil. Das Gericht will noch eine Zeugin hören.

Im Rechtsstreit um Mobbingvorwürfe zwischen dem früheren Vorstandsmitglied der Mündener Grünen, Martin Bretzler, und dem aktuellen Vorstandsmitglied, Hartmut Teichmann, hat das Amtsgericht Hann. Münden am Donnerstag noch kein Urteil gefällt

Zeugin soll Klarheit bringen

Sie soll Klarheit in einen Sachverhalt bringen, die Teichmanns frühere Tätigkeit als Kassierer der Mündener Grünen betrifft. Dabei geht es um einen Streit zwischen Bretzler und Teichmann um eine Rechnung für einen Anwalt aus einem Rechtsstreit der Grünen mit der Stadt Hann. Münden.

In dem laufenden Verfahren hat Bretzler Teichmann verklagt, mehrere Äußerungen künftig zu unterlassen, die dieser in einer E-Mail aus seiner Zeit als Kassierer an Mitglieder der Mündener und Göttinger Grünen verschickt hatte und in der er seinen Rücktritt als Kassierer begründet. Darin hatte Teichmann Bretzler auch vorgeworfen, ihn gemobbt zu haben. Die Unterlassung dieser Behauptung, so Bretzler, bei einem Gutetermin am 7. Juni vor dem Amtsgericht, sei für ihn der „emotional wichtigste Antrag“.

Das Verfahren wird am Dienstag, 9. September, fortgesetzt.

8. Fassheringe - Eine Stadt in der Salzlake

<http://lokal24.de/news/ries-stellt-ergaenzungsantrag-bezueglich-kontaminierter-abwaesser/677044/>

lokal24 05.06.2016

Ries stellt Ergänzungsantrag bezüglich kontaminierter Abwässer

Heringen. Ergänzungsantrag von Hans Ries zur SVV am 2. Juni in Heringen bezüglich der Einleiteerlaubnis auf Ewigkeit in die Werra:

Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, in Verbindung mit dem Bund die Finanzierung der bergbaubedingten Ewigkeitslasten im Werratal nach dem Muster des Steinkohlefinanzierungsgesetzes zu regeln und zu diesen Zweck auch für die nötige wirtschaftliche Konversion in unserer Stadt zu sorgen. Der Entwurf der befristeten Einleitegenehmigung bergbaulich bedingter stark kontaminierter Grundwässer (als wohl wesentlichste Last), die unvermeidlich in städtische Kanäle eindringen und in die Vorfluter abgeschlagen werden müssen lässt erahnen, dass sich die politischen Hauptakteure und hier der „Grüne“ Wirtschaftsminister und die „Grüne“ Umweltministerin über den vorliegenden Entwurf des Regierungspräsidiums aus der Verantwortung stehlen wollen. Wir haben am 15. Januar schriftlich die zeitlich unbefristete Einleitung dieser Wässer beantragt.

Mit der vorliegenden Regelung beabsichtigt man erkennbar, alle wesentlichen Ewigkeitslasten – anders als beim Kohlebergbau – auf die im engen Umkreis lebende Wohnbevölkerung abzuwälzen, die das niemals technisch wie finanziell bewältigen könnte. Darüber hinaus wurde mit der unnatürlichen Ableitung der bergbaulich bedingten Abwässer von der Fliede in das Werratal zum Zwecke der Schonung der dortigen Bergbauregion und seiner Wohnbevölkerung eine weitere zusätzliche Last zu uns verschoben, die nicht nur die Werra belastet, sondern auch die hiesigen Arbeitsplätze über die einzuhaltenden Grenzwerte stark gefährdet.

Wenn ein „Grüner“ Wirtschaftsminister und eine „Grüne“ Umweltministerin sich richtigerweise entscheiden sollten, die Grundstoffindustrie in Hessen zu erhalten, dann muss – wie im Ruhrgebiet oder im Saarland – gleichzeitig die dringende Frage der Regelung und Finanzierung der Ewigkeitslasten geklärt werden, anstatt sich dieser Verantwortung zu entziehen und es sogar noch hinzunehmen, dass uns die wenigen verbleibenden Gewerbesteuern nochmals drastisch gekürzt werden. Während die Landesregierung die schützende Hand über das 60 Kilometer südlich und damit deutlich näher liegende Bergbaugbiet Neuhof hält, in dem dort sogar ein großes Gewerbegebiet gewissermaßen als Konversion mitfinanziert wurde, wird das unvermeidliche Umweltproblem ins deutlich fernere Werratal abgeschoben.

Demgegenüber hatte es die Hessische Landesregierung abgelehnt, das bis dahin ausgewiesene Industriegebiet in Heringen erschließungstechnisch mitzufinanzieren, dessen Fläche nun dazu benutzt wird, mit gigantischen Stapelbecken das erst dadurch nochmals verschärfte Entsorgungsproblem zu lösen. Damit hat es die Hessische Landesregierung geschafft, uns zudem von jeder weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, die dem endlichen Bergbau zwingend folgen müsste, abzukoppeln. Es ist offenbar Konsens, über diese, der örtlichen Wohnbevölkerung zugeschobenen gewaltigen Lasten und einer bewusst regulierten wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit, unser Siedlungsgebiet an der Werra langfristig und entschädigungslos durch einen ökonomischen Druck auf die Bürger aufzugeben.

Es muss daher die Frage gestellt werden, was die Landespolitik nach Auslaufen der Kaliförderung möglichst ohne störende Menschen mit diesem Teil des Werratales tatsächlich vor hat? Wir stehen zum Bergbau und letztlich würde sogar eine sofortige Aufgabe nichts an den zu bewältigenden Lasten ändern. Jedoch muss man sich dazu bekennen, darf Lasten nicht einseitig verschieben und unserem Teil des Werratales, von der so viele völlig unbelastet durch die bergbaulichen Folgen profitieren konnten, durch geeignete Konversion eine Zukunftschance geben. Die feige Weigerung gerade der zuständigen „Grünen“ Minister wie auch des Regierungspräsidenten, sich zu dieser drängenden Frage unserer Zukunft der hiesigen Wohnbevölkerung zu stellen, könnte genau das Indiz für die Richtigkeit der aufgeführten und erkennbaren perfiden Annahmen zur angedachten Rolle des hiesigen Werratales sein.

Dass das Problem seit vielen Jahrzehnten der Landesregierung bestens bekannt ist, belegen die umfassenden Schreiben des späteren sozialdemokratischen Landrates Kern, wie auch des ehemaligen sozialdemokratischen Bürgermeistermeisters Schäfer. Einmal mehr wird dieses Ziel der Hessischen Landesregierung damit unterstrichen, dass alle wesentlichen Daten, auf denen nun die demnach nötige Einleitegenehmigung gegenüber der Stadt beruht, bis zum 1. September bzw. 27. Oktober 2015 trotz vieler Beratungen zur Bewältigung des seit 2010 dramatisch sichtbar

gewordenen gewaltigen Problems streng vor uns geheim gehalten und zuvor die Öffentlichkeit sogar offenbar gezielt getäuscht wurde. Dieser Antrag stellt eine Resolution dar, die dem hiesigen Bergbau und nachfolgend den hiesigen Bürgern Ziel und Zukunft geben soll.

Hans Ries
Bürgermeister Heringen

PM Bürgermeister Heringen 03.06.2016

Einleiterlaubnis für mit Chlorid belasteter Grundwässer

PRESSEMITTEILUNG

Hat die Stadt eine unbefristete oder wie es das Regierungspräsidium behauptet, eine jederzeit widerrufbare Einleiterlaubnis für mit Chlorid belasteter Grundwässer beantragt?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in der letzten Ausgabe des Mitteilungsblattes haben wir den Entwurf des Regierungspräsidiums zur beantragten Einleiterlaubnis, der nach der Versenkung dennoch wieder austretenden und stark mit Chloriden belasteten Grundwässer, veröffentlicht. In dieser Genehmigung schreibt das Regierungspräsidium jedoch, dass wir eine widerrufliche Ver-senkgenehmigung beantragt hätten. Weiterhin hat der Pressesprecher des Regierungspräsidiums gegenüber der hiesigen Tageszeitung demnach behauptet, dass die nötige Einleitegenehmigung so erteilt worden sei, wie wir sie beantragt hätten. Unser beigefügter Antragstext belegt, dass man im Regierungspräsidium ganz ungeniert lügt. Bereits dem ersten Satz des städtischen Antrages können Sie entnehmen, dass wir die unbefristete Einleitegenehmigung beantragt haben. Auch im Anschreiben zum Antrag steht es so schon im Betreff. Darüber hinaus haben wir dies im Gespräch hierzu am 17.12.15, sowie in mehreren weiteren Schreiben und zuletzt nochmals im Gespräch mit dem Regierungspräsidium am 11.4.16 entsprechend vorgetragen, wie das Protokoll hierzu belegt. Das Regierungspräsidium hat sich für diese auch öffentlich vorgetragene Lüge bisher nicht entschuldigt. Offenbar glaubt man, dass das eigene Amt gegenüber anderen Behörden und der Öffentlichkeit, ohne jede Konsequenz, die Unwahrheit sagen dürfe. Dass die Bürger in solche staatlichen Institutionen zunehmend das Vertrauen verlieren, weil sie ihnen keinen Glauben mehr schenken, ist nachvollziehbar, scheint diese aber nicht zu stören. Offenbar haben die dort Verantwortlichen noch nicht verstanden, dass der Staat den Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Wir sind Bürger, die diese Behörden bezahlen, jedoch nicht deren rechtlose Untertanen, mit denen man nach Belieben verfahren kann. Es ist **den Verantwortlichen dieses Regierungspräsidiums anzuraten, dass sie sich nochmals ihren Amtseid durchlesen und auch über den Zweck und die Aufgabe ihrer Behörde Gedanken machen.**

Hans Ries

PM Bürgermeister Heringen 06.06.2016

Angebliches Angebot der K+S an uns in Sachen Einleitegenehmigung

PRESSEMITTEILUNG

Angebliches Angebot der K+S uns in Sachen Einleitegenehmigung versenkbedingter kontaminierter Grundwässer zu unterstützen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nachdem wir nach über 10 Jahren endlich herausbekommen hatten, in welchen Massen kontaminierte Wässer austreten, bzw. durch Absenken der Werra zugeführt werden müssen, habe ich K+S bezüglich einer möglichen Einleitegenehmigung gefragt, ob sie oder wir das Regierungspräsidium hierzu anschreiben wollen. K+S hat mir in einer Elektropost am 01.12.2015 geantwortet, dass man derzeit nicht plane in der Sache den RP anzuschreiben. Das habe ich als verantwortungslos empfunden. Mein Ziel war es, das gewaltige Problem aus der Versenktätigkeit gemeinsam mit den

Behörden zu lösen. Wie sollte es auch anders gehen? Am 17.12.15 hat dann hierzu in großer Runde ein Gespräch mit dem RP und der unteren Wasserbehörde leider ohne K+S stattgefunden, in dem uns definitiv erklärt wurde, dass die Stadt für die Entsorgung der kontaminierten Abwässer zuständig sei und wir daher auch den Einleiteantrag zu stellen hätten. Genehmigungsbehörde sei in diesem Fall das RP. Wir haben daraufhin mehrfach schriftlich wie mündlich vorgetragen, dass eine Einleitegenehmigung nur auf Ewigkeit akzeptabel sei, damit nicht die Stadt bei Änderung der Grenzwerte für einen Schaden herangezogen wird, den andere verursacht und dem das RP über Jahrzehnte zugeschaut hat. Am 15.01.2016 haben wir den Einleiteantrag an das RP abgeschickt, der im Wesentlichen aus den Daten bestand, die K+S dem RP seit Jahrzehnten gemeldet hatte, die jedoch bis zum 27.10.2015 vor uns streng geheim gehalten wurden. Am 11.04.2016 fand mit Vertretern des RP nochmals eine Unterredung zu der Sache in unserem Hause statt, in dem u. a. unsererseits nachdrücklich auf die Einleitegenehmigung auf Ewigkeit gepocht wurde. Von diesem Gespräch habe ich sogleich auch die K+S informiert und um ein zeitnahes Gespräch gebeten, welches von K+S jedoch erst am 10.05.2016 wahrgenommen wurde.

In diesem Gespräch zur bereits beantragten Einleitegenehmigung habe ich nochmals auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abstimmung mit dem RP bestanden, was von K+S kategorisch abgelehnt wurde. Dies habe ich so auch sofort schriftlich dem RP, wie dem Umweltministerium mitgeteilt. Das Angebot der K+S uns beim Zusammenstellen des mit dem RP beratenen Antrages zu helfen, war nun wahrlich lächerlich. Das vorliegende Material, das wir nach so vielen Jahren des Vertuschens, selbst erst kurz zuvor vom RP erhalten hatten, nochmals zu heften und mit einem Anschreiben zu versehen bedurfte nun wahrlich keiner Unterstützung. Wenn nun erklärt wird, dass K+S große Erfahrungen im Stellen solcher Anträge habe, so stellt sich die Frage, warum sie das nicht dann vor über 30 Jahren getan haben, zumal man über fast 2 Jahrzehnte die Absenkpumpen sogar weitestgehend abgestellt hatte und so die Lauge eigentlich nur über die städtischen Kanäle in die Werra abgeleitet werden konnte. Wichtig für uns war, dass die Verantwortlichkeiten und damit auch die Kostenübernahme durch den Verursacher bzw. der Genehmigungsbehörde in einem gemeinsamen Gespräch mit K+S sowie dem RP geklärt würden und somit auch endlich protokollarisch festgehalten werden. Aber genau dieses gemeinsame Gespräch mit dem RP, hat K+S strikt abgelehnt. Wenn man endlich offen und ehrlich mit uns umgehen möchte und nichts weiter zu verbergen hat, also auch nicht gegenüber der Genehmigungsbehörde, wäre das eigentlich kein Problem gewesen. Auch wenn ebenso das RP weder zu uns noch der Öffentlichkeit ehrlich war, so werde ich diese wichtige Genehmigungsbehörde sicher nicht hintergehen.

Hans Ries

9. Desinformation - Organisierte Gefälligkeitsgutachten?

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bundesanstalt-fuer-geowissenschaften-gutes-geld-fuer-steile-thesen-1.3054942>

Süddeutsche 29.06.2016

Bundesanstalt für Geowissenschaften

Umweltstudien: Gutes Geld für steile Thesen

- 1982 gründen Industrievertreter den "Hans-Joachim-Martini-Fonds", der die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe unterstützt.
- Der Fonds - heute eine Stiftung - vergab "Ehrungen" und Fördermittel an bemerkenswerte Projekte: An Studien, die den menschengemachten Anteil am Klimawandel als gering einstufen - oder solche, die Zweifel am Salzstock Gorleben zerstreuen.
- Die Grünen haben grundsätzliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Bundesanstalt.

Von Michael Bauchmüller, Berlin

Gerd Anger hat gute Argumente, als er 1981 an seinen Vorstand bei Bayer herantritt. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, kurz BGR, ist schließlich nicht irgendwer - sondern der "geologische Dienst" der Bundesrepublik. "Ihr obliegen vor allem die Beratung der Bundesministerien in geowissenschaftlichen Fragen", nebst der Suche nach Rohstoffen in aller Welt, schreibt Bayer-Chefgeologe Anger. Mehr noch: Die Bayer AG habe "seit 1971 Jahr für Jahr die aktive und tatkräftige Unterstützung von Herren aus der BGR erfahren". Angers Ziel: Fortan soll es andersherum laufen. Die Herren der BGR sollen die aktive und tatkräftige Unterstützung der Wirtschaft erfahren.

Der Plan geht auf. Anfang der Achtzigerjahre entsteht ein von der Industrie gefüllter Topf, aus dem regelmäßig Mittel an die Bundesanstalt fließen - zur "Ehrung" verdienter Mitarbeiter, als Portokasse zur Finanzierung von Tagungen, als Geldspritze zur Anschaffung von Computern.

Wie freigiebig die Spitzen der Industrie in den "Hans-Joachim-Martini-Fonds" einzahlten, wie unverblümt die BGR selbst an Spender herantrat, das belegen Akten, die WDR, NDR und *Süddeutscher Zeitung* vorliegen. Bayer, Degussa, die Energiekonzerne Preussag und Rheinbraun, der Gasförderer Wintershall und der Stahlriese Salzgitter, sie alle machten mit. Schon im Gründungsjahr 1982 verbucht der Finanztopf der Wirtschaft Einnahmen von 120 000 Mark.

Je größer die Interessen, desto weniger zimperlich

Die Bundesanstalt in Hannover entwickelt dabei einigen Eifer. Im September 1982 etwa wendet sich BGR-Präsident Martin Kürsten an den Industrieverband Steine und Erden. Der ziert sich, will den Zweck der Stiftung für die eigene Arbeit nicht erkennen. Kürsten wird deutlich. "Vielleicht kennen Sie selbst ja geowissenschaftliche Arbeiten, die Sie einer Ehrung oder Unterstützung für wert erachten", schreibt er. "Es fiel dem Hans-Joachim-Martini-Fonds selbstverständlich leichter, eine solche Ehrung auszusprechen, wenn Sie ihn auch finanziell ermuntern könnten." Doch die Ermunterung blieb aus.

Andere sind da weniger zimperlich, haben aber womöglich auch größere Interessen. Bayer etwa hatte noch bis vor Kurzem an der Suche nach einem deutschen Atomkomplex gearbeitet: Nicht nur ein Endlager sollte dort entstehen, sondern ursprünglich auch Deutschlands Wiederaufarbeitungsanlage. Beauftragt war die "Kernbrennstoffwiederaufbereitungsgesellschaft" Kewa, die Wahl fiel auf Gorleben - und der zuständige Chefgeologe war der Bayer-Manager Anger. Er wird Schatzmeister des Martini-Fonds, der 1987 in eine Stiftung umgewandelt wird - in eine gemeinnützige, wohlge-merkt. Auch Rheinbraun, größter Braunkohleförderer der Republik und heute Teil des RWE-Konzerns, spendet fleißig. Manager beider Firmen finden sich im Kuratorium der BGR wieder, einer Art Beraterstab der Bundesanstalt, ebenso Vertreter von Unternehmen wie Preussag, Salzgitter AG, Degussa.

Viele von ihnen sitzen im Lauf der Jahre auch im Stiftungsrat der Martini-Stiftung, zusammen mit dem Präsidenten der BGR und einem ständigen Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums. Ihm untersteht die Bundesanstalt, 2012 setzt die alte Bundesregierung sogar ihre interne Revision auf die Verquickung von Stiftung und BGR an. Ergebnis: "keine Beanstandung". Auch heute stellt sich das Ministerium hinter seine Behörde. "Die BGR trifft grundsätzlich eigenständig alle Entscheidungen, die die von ihr durchgeführten Projekte betreffen", heißt es. "Ihre Forschung und die Resultate sind unabhängig." Darauf pochen auch Bundesanstalt und Stiftung: Entscheidend sei allein "fachliche Exzellenz".

Nicht selten auf Seiten der Industrie

Zumindest aber ist bemerkenswert, wofür der Fonds und später die Stiftung "Ehrungen" und Fördermittel lockermachen. 1998 wendet sich der Vorsitzende der Martini-Stiftung, Hans-Joachim Leuschner, mit einem neuen Spendenaufruf an seine Kuratoriums-Kollegen. Die Stiftung sei darauf angewiesen, "nach neuen Wegen zu suchen, um Zustiftungen einzuwerben", schreibt Leuschner, im Hauptberuf Manager beim Braunkohleriesen Rheinbraun. Beispiele für "ausgezeichnete" Forscher und ihre Vorhaben schickt er gleich mit, an Nummer eins: "Klimaforschung - wie relevant ist die Rolle von CO₂ als Treibhausgas wirklich?" Die Antwort liefert ein kurzer Abriss: Wasserdampf sei bisher unterschätzt, Kohlendioxid dagegen überschätzt worden. Fazit: "Das anthropogen eingebrachte CO₂ spielt mit einem Anteil von 1,2 Prozent am gesamten Treibhausgaseffekt nur eine untergeordnete Rolle." Eine These, mit der sich die Welt sämtliche Klimagipfel und den Kampf gegen Klimakiller wie Braunkohle getrost hätte sparen können. Für die entsprechende Studie gibt es damals 50 000 Mark.

Nicht selten steht die Bundesanstalt auf Seiten der Industrie, ob beim Fracking, der unterirdischen Lagerung von CO₂ per "CCS" oder beim Endlagerprojekt Gorleben. Doch selten löst sie so erbitterten Streit aus wie mit diesen Thesen zum Klimawandel. Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung nennt sie schlicht "haarsträubend". Unter Klimaskeptikern aber kommt derlei Forschung gut an.

Auch Studien, die Zweifel am Salzstock Gorleben zerstreuen sollen, werden durch die Stiftung gefördert. Für die Grünen Anlass genug, nun die Glaubwürdigkeit der BGR insgesamt anzuzweifeln. "Durch die Stiftung wurden die Unabhängigkeit und Seriosität der BGR kompromittiert und Regierungspolitik korrumpiert," sagt die Grünen-Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl. Man müsse sich nun fragen, "was die Aussagen der BGR zu Gorleben wirklich wert sind". Zumindest haben sich die Interventionen aus Hannover, ob sie nun gezielt waren oder nicht, in den wenigsten Fällen als erfolgreich erwiesen. Die "Klimafakten" haben die Klimapolitik nicht verändert, das umstrittene CCS ist nun gegen den Rat der BGR verboten, auch das unkonventionelle Fracking. Die Arbeiten in Gorleben, an denen der Bayer-Geologe Anger so interessiert war, sind eingestellt. Auch mit Anger selbst hat es kein gutes Ende genommen. Der Schatzmeister bedient sich von 1987 an aus der Stiftungskasse. 1991 fliegt das Loch von insgesamt mehr als 200 000 DM auf. Bayer ersetzte die Summe ohne viel Aufhebens und versetzte Anger in den Ruhestand. Keine vier Monate später wird seine Leiche in Dänemark angespült. Die Todesursache bleibt ungeklärt.

Die Stiftung aber, die er mit aus der Taufe hob, gibt es bis heute. Immer noch vergibt sie Fördergelder und Preise, zurzeit ist sie rund 400 000 Euro schwer. Aber woher das Geld kommt und wer damit bedacht wird - dazu schweigt die Stiftung auch heute. Aus "Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes" könne man keine Einzelheiten zu Spendern oder Geldempfängern nennen. Spenden aus der Industrie gebe es seit Jahren nicht mehr. Für mehr Transparenz aber fehlten leider Geld und Personal.

10. Oberweserpipeline - Menschen gegen Salz

<http://www.hna.de/lokales/hofgeismar/menschenkette-soll-salzsee-zeigen-6479764.html>

HNA 10.06.2016

Pro Märchenland plant Großdemonstration gegen Pläne für Oberweserpipeline und Speicherbecken

Menschenkette soll Salzsee zeigen

Oberweser/Wahlsburg. Es soll eine Aktion werden, von der aus ein unübersehbares Signal nicht nur in die Region, sondern bis in die Landeshauptstadt Wiesbaden ausgehen soll: Die Menschenkette in der Gemarkung zwischen Gieselwerder und Lippoldsberg.

Hier sollen am kommenden Samstag, 18. Juni, nach Möglichkeit Hunderte Menschen zeigen, dass sie es nicht hinnehmen wollen, dass der Oberweserraum zu einer Entsorgungs- und Lagerstätte für industrielle Abwässer wird.

Anlass für die geplante Großdemonstration, zu der der Verein Pro Märchenland aufruft, sind die Pläne des Kasseler Düngemittelkonzerns K+S. Die Pläne des Unternehmens sehen vor, eine Pipeline für salzhaltige Abwässer aus der osthessischen Kali-Produktion an der Werra bis an die Oberweser zu legen. In der Gemarkung zwischen Gieselwerder und Lippoldsberg - oberhalb der Landesstraße 561 - könnten dann sogenannte Stapelbecken für die dosierte Einleitung der Abwässer in die Weser entstehen. Der Flächenverbrauch betrüge bis zu 30 Hektar Ackerland.

„Nicht über unsere Köpfe“

„Wir sind nicht bereit, stillschweigend diese Planungen über unsere Köpfe hinweg hinzunehmen und am Ende damit leben zu müssen“, sagt Oliver Penner, Vorsitzender von Pro Märchenland. Deshalb ruft der Verein die Bewohner der Region auf, eine Menschenkette auf dem für die Salzseen vorgesehenen Areal zu bilden. Die Gemeinden Oberweser, Wahlsburg und Bodenfelde sowie Schulen und die Vereine in den Orten wollten sich an der Aktion beteiligen, sagt Penner. Die Feuerwehren würden bei der Organisation und Leitung des Verkehrs helfen.

Die Eckpunkte des „Salzsees“ sollen mit großen blauen Ballons markiert werden. Die Menschenkette soll die Umriss visualisieren. „Wir akzeptieren nicht, dass unsere Heimat und die Natur in unserer Region zur Mülldeponie der Kaliindustrie verkommt“, sagt Mitorganisator Klaus Becker. Zudem akzeptiere man „zu keiner Zeit die Verschlechterung der Wasserqualität der Weser.“

Angemeldete Demo

Die Demo ist beim Landkreis Kassel angemeldet, die L 561 wird gesperrt. In Gieselwerder und Lippoldsberg werden Parkplätze eingerichtet. Geschlossen werden soll die Menschenkette ab 14 Uhr.

Von Gerd Henke

http://www.focus.de/regional/kassel/kassel-geplante-menschenkette-gegen-salzabwasserspeicherbecken-und-salzeinleitung_id_5636234.html

Focus 15.06.2016

Kassel: Geplante Menschenkette gegen Salzabwasserspeicherbecken und Salzeinleitung

Verkehrseinschränkungen an der Landesstraße zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder

Oberweser/Wahlsburg. Die vom Verein Pro Märchenland e.V. Wahlsburg am 18. Juni 2016 angekündigte Menschenkette gegen den Vier-Phasen-Plan der Hessischen Landesregierung und des Kasseler Unternehmen K+S AG zur Salzabwasserbehandlung aus der Kaliproduktion zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder wird auch Auswirkungen auf den Straßenverkehr haben. „Die von uns genehmigte Veranstaltung zwischen 14.00 Uhr und 15.00 Uhr betrifft auch einen Teilabschnitt der Landesstraße zwischen Wahlsburg-Lippoldsberg und Oberweser-Gieselwerder“, teilt Kreispressesprecher Harald Kühlborn mit.

Für die beabsichtigte Menschenkette wird die Landesstraße in diesem Abschnitt zwischen 13.30 Uhr und 15.30 Uhr gesperrt. Kühlborn: „Wir bitten die Verkehrsteilnehmer, die nicht zur Kundgebung wollen, während dieser Zeit den Veranstaltungsort weiträumig zu umfahren“.

HNA 17.06.2016

Menschenkette soll Salzsee zeigen

Pro Märchenland plant Großdemonstration gegen Pläne für Oberweser-Pipeline und Speicherbecken

VON GERD HENKE

OBERWESER/WAHLSBURG.

Es soll eine Aktion werden, von der aus ein unübersehbares Signal nicht nur in die Region, sondern bis in die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden ausgehen soll: Die Menschenkette in der Gemarkung zwischen Gieselwerder und Lippoldsberg.

Hier sollen am Samstag, 18. Juni, nach den Vorstellungen der Organisatoren Hunderte Menschen zeigen, dass sie es nicht hinnehmen wollen, dass der Oberweserraum zu einer Entsorgungs- und Lagerstätte für industrielle Abwässer wird.

Anlass für die geplante Großdemonstration, zu der der Verein Pro Märchenland aufruft, sind die Pläne des Kasseler Düngemittelkonzerns K+S. Die Pläne des Unternehmens sehen vor, eine Rohrleitung für salzhaltige Abwässer aus der osthessischen Kali-Produktion an der Werra bis an die Oberweser zu legen.

In der Gemarkung zwischen Gieselwerder und Lippoldsberg – oberhalb der Landesstraße 561 – könnten sogenannte Stapelbecken für die dosierte Einleitung der Abwässer in die Weser entstehen. Der Flächenverbrauch betrüge bis zu 30 Hektar Ackerland.

„Wir sind nicht bereit, stillschweigend diese Planungen über unsere Köpfe hinweg hinzunehmen und am Ende damit leben zu müssen“, sagt Oliver Penner, Vorsitzender von Pro Märchenland.

Schulen und Vereine

Deshalb ruft der Verein die Bewohner der Region auf, eine Menschenkette auf dem für die Becken vorgesehenen Areal zu bilden. Die Gemeinden Oberweser, Wahlsburg und Bodenfelde sowie Schulen und Vereine wollen sich an der Aktion beteiligen, sagt Penner. Feuerwehrleute würden bei der Organisation und Leitung des Verkehrs helfen.

Die Eckpunkte des „Salzsees“ sollen mit großen blauen Ballons markiert werden. Die Menschenkette soll dann die Umrisse visualisieren.

„Wir akzeptieren nicht, dass unsere Heimat und die Natur in unserer Region zur Mülldeponie der Kaliindustrie verkommt“, sagt Mitorganisator Klaus Becker.

Zudem akzeptiere man „zu keiner Zeit die Verschlechterung der Wasserqualität der Weser.“

Die Demonstration ist laut Penner und Becker beim Landkreis Kassel angemeldet. Die Landesstraße 561 soll während der Aktion gesperrt werden.

Für Teilnehmer werden Parkplätze In Gieselwerder und Lippoldsberg sollen Parkplätze eingerichtet werden. Geschlossen werden soll die Menschenkette ab 14 Uhr.

Bodenfelder sollen Glied der Kette sein

Bürgermeister Mirko von Pietrowski: Alle sollten sich ein Bild von den Becken-Ausmaßen machen

BODENFELDE. Als Mitglied des Aktionsbündnisses Salzfreies Märchenland unterstützt der Flecken auch die geplante Menschenkette am möglichen Standort für ein Salzlaugenbecken. Der Flecken stütze seit Jahren das Engagement für ein erhaltensund lebenswertes Weserbergland, heißt es in einer Pressemitteilung von Bürgermeister Mirko von Pietrowski. Der Gemeinderat hat sich bereits im Mai 2013 mit einer Resolution gegen die Salzlaugeneinleitung in die Weser sowie den Bau eines Abwasserrohres an die Oberweser und eines Speicherbeckens ausgesprochen.

Mit Sorge um die drohende Herabsetzung der Qualitäts- *ziele mit Verletzung der Umsetzungsfristen* nach der EUWasserrechtsrahmenlinie hat der Rat mit seiner Erneuerung der Resolution Ende 2015 unter anderem die technisch machbare Vor-Ort-Aufbereitung der Kali+Salz-Abwässer mittels rückstandsfreier Eindampfung gefordert. Auch beim aktuellen *Raumordnungsverfahren* zur überregionalen Entsorgung der Salzabwässer habe man sich ablehnend positioniert.

Von Pietrowski ruft alle Bodenfelder dazu auf, sich an der Aktion Menschenkette zu beteiligen. Treffpunkt ist zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder oberhalb der Landesstraße.

(jde)

<http://www.hna.de/lokales/hofgeismar/oberweser-ort103169/protest-gegen-salزابwaesser-vorbereitung-groesste-menschenkette-nordhessens-laeuft-6499659.html>

HNA 18.06.2016

Protest gegen Salzabwässer: Vorbereitung auf größte Menschenkette Nordhessens läuft

Oberweser/Wahlsburg. Die Vorbereitungen für die größte Menschenkette Nordhessens sind in vollem Gange. Am heutigen Samstag, 18. Juni, soll von 14 bis 15 Uhr zwischen den Oberweser-Orten Lippoldsberg und Gieselwerder eine etwa zwei Kilometer lange Menschenkette die Dimensionen eines vom Düngemittelkonzern K+S geplanten Salzschlammbeckens deutlich machen.

Die Organisatoren vom Aktionsbündnis Pro Märchenland rechnen mit einer großen Teilnehmerzahl. Auch Schulklassen und Vereine haben sich angemeldet, um mit blauen Pappen und blauen Ballons die Umriss des Beckens entlang von Feldwegen zu markieren.

Feuerwehren und viele freiwillige Helfer sorgen für einen geregelten Ablauf. Parkplätze wurden entlang der Zufahrten ausgewiesen. Die Landesstraße L 561 zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder wird vorübergehend gesperrt.

Inzwischen sind schon blaue Ballons als Markierungen gesetzt, es wurden bereits Probeflüge mit Fotodrohnen unternommen, die später das Gesamtbild aus der Luft dokumentieren sollen. Schon die Ankündigung der Aktion hat ein bundesweites Medienecho gefunden.

Pro Märchenland will mit der Aktion gegen den Bau des Salzlagerbeckens und einer 135 Kilometer langen Abwasserpipeline vom Werra-Kaliabbaugebiet bis an die Oberweser demonstrieren. Der Salzsee und die Salzeinleitungen in die Weser würden negative Effekte auf die Umwelt haben und die Landschaft stark beeinträchtigen, die als wichtigstes Kapital des Tourismus an der Oberweser zählt. Dieser ist eine der wenigen Einnahmequellen der Region. "Die Touristen möchten eine unzerstörte Landschaft erleben wie bisher und kein Industriegebiet", sagt Klaus Becker (Gieselwerder) als einer der Organisatoren.

<http://www.hna.de/lokales/hofgeismar/lippoldsberggieselwerder-menschenkette-gegen-salzsee-6499840.html>

HNA 18.06.2016

Zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder

2500 Teilnehmer bei Menschenkette gegen Salzsee

Lippoldsberg/Gieselwerder. 2500 Menschen trafen sich am Samstagnachmittag, um sich an der Menschenkette in der Gemarkung zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder zu beteiligen.

Entlang des 2,2 Kilometer langen Umrisses des geplanten Salzspeicherbeckens hatten sich die Teilnehmer positioniert. Auch 60 Trecker waren dabei. Die Aktion war von dem Verein Pro Märchenland ins Leben gerufen worden

<http://hessenschau.de/wirtschaft/2000-teilnehmer-bei-menschenkette-gegen-ks-salzsee,menschenkette-gegen-salzsee-100.html>

Hessenschau 18.06.2016

2.000 Teilnehmer bei Protestaktion Menschenkette gegen geplanten K+S-Salzsee

Mit einer mehr als zwei Kilometer langen Menschenkette haben Anwohner am Samstag gegen einen geplanten Salzsee in Oberweser protestiert. Sie nannten das Projekt "unvorstellbar".

Mitglieder von Musik- und Turnvereinen, Familien aus umliegenden Orten und Unterstützer aus Kali-Revieren stellten sich entlang der Linie auf, die den Rand des Sees markieren soll. Rund 2.000 Menschen kamen laut Veranstalter.

Der Salz- und Kalihersteller K+S will Salzlauge vom 135 Kilometer entfernten Werk Hattorf in Osthessen nach Oberweser (Kassel) leiten. So soll die stark belastete Werra entlastet werden. Geplant ist, die Salzlauge in die Weser fließen zu lassen, sagte eine Sprecherin vom Aktionsbündnis salzfreies Märchenland. Wenn diese zu wenig Wasser führe, solle das Abwasser aber in den Pufferspeicher fließen.

Luftballons als Symbol für das Wasser

Mit einem Schild machen die Anwohner ihren Protest deutlich. Bild © picture-alliance/dpa

"Ein Abwassersee von dieser Größe ist unvorstellbar", sagte Sprecherin Annette Müller-Zitzke. Um die Ausmaße greifbar zu machen, habe das Aktionsbündnis zu der Demonstration aufgerufen. Die Teilnehmer bekamen blaue Luftballons als Symbol für das Wasser.

Der Kasseler Regierungspräsident hat im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren für den Bau der Pipeline eingeleitet, über die die Abwasser in die Weser geleitet werden soll. Da Bauprojekt ist in den betroffenen Ländern Hessen, Thüringen und Niedersachsen höchst umstritten.

<http://www.hna.de/lokales/hofgeismar/lippoldsberggieselwerder-menschenkette-gegen-salzsee-6499840.html>

HNA 18.06.2016

Zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder

2000 Teilnehmer bei Menschenkette gegen Salzsee

Lippoldsberg/Gieselwerder. 2000 Menschen trafen sich am Samstagnachmittag, um sich an der Menschenkette in der Gemarkung zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder zu beteiligen.

Mit einer mehr als zwei Kilometer langen Menschenkette haben am Samstag Anwohner gegen einen geplanten Salzsee in Oberweser protestiert.

Mitglieder von Musik- und Turnvereinen, Familien aus umliegenden Orten und Unterstützer aus Kali-Revieren stellten sich entlang der Linie auf, die den Rand des Sees markieren soll. 2000 Menschen kamen laut Veranstalter. Auch 60 Trecker waren dabei.

Der Salz- und Kalihersteller K+S will Salzlauge vom 135 Kilometer entfernten Werk Hattorf in Osthessen nach Oberweser leiten. So soll die stark belastete Werra entlastet werden. Geplant ist, die Salzlauge in die Weser fließen zu lassen, sagte eine Sprecherin vom Aktionsbündnis Pro Märchenland. Wenn diese zu wenig Wasser führe, solle das Abwasser aber in den Pufferspeicher fließen.

"Ein Abwassersee von dieser Größe ist unvorstellbar", sagte Sprecherin Annette Müller-Zitzke. Um die Ausmaße greifbar zu machen, habe das Aktionsbündnis zu der Demonstration aufgerufen. Die Teilnehmer bekamen blaue Luftballons als Symbol für das Wasser.

Der Kasseler Regierungspräsident hat im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren für den Bau der Pipeline eingeleitet, über die die Abwasser in die Weser geleitet werden soll. Da Bauprojekt ist in den betroffenen Ländern Hessen, Thüringen und Niedersachsen höchst umstritten. (dpa/zta)

<http://www.hna.de/lokales/hofgeismar/oberweser-ort103169/protest-gegen-salzabwaesser-vorbereitung-groesste-menschenkette-nordhessens-laeuft-6499659.html>

HNA 18.06.2016

Protest gegen Salzabwässer: Vorbereitung auf größte Menschenkette Nordhessens läuft

Oberweser/Wahlsburg. Die Vorbereitungen für die größte Menschenkette Nordhessens sind in vollem Gange. Am heutigen Samstag, 18. Juni, soll von 14 bis 15 Uhr zwischen den Oberweser-Orten Lippoldsberg und Gieselwerder eine etwa zwei Kilometer lange Menschenkette die Dimensionen eines vom Düngemittelkonzern K+S geplanten Salzschlammbeckens deutlich machen.

Die Organisatoren vom Aktionsbündnis Pro Märchenland rechnen mit einer großen Teilnehmerzahl. Auch Schulklassen und Vereine haben sich angemeldet, um mit blauen Pappen und blauen Ballons die Umriss des Beckens entlang von Feldwegen zu markieren.

Feuerwehren und viele freiwillige Helfer sorgen für einen geregelten Ablauf. Parkplätze wurden entlang der Zufahrten ausgewiesen. Die Landesstraße L 561 zwischen Lippoldsberg und Gieselwerder wird vorübergehend gesperrt.

Inzwischen sind schon blaue Ballons als Markierungen gesetzt, es wurden bereits Probeflüge mit Fotodrohnen unternommen, die später das Gesamtbild aus der Luft dokumentieren sollen. Schon die Ankündigung der Aktion hat ein bundesweites Medienecho gefunden.

Pro Märchenland will mit der Aktion gegen den Bau des Salzlagerbeckens und einer 135 Kilometer langen Abwasserpipeline vom Werra-Kaliabbaugebiet bis an die Oberweser demonstrieren. Der Salzsee und die Salzeinleitungen in die Weser würden negative Effekte auf die Umwelt haben und die Landschaft stark beeinträchtigen, die als wichtigstes Kapital des Tourismus an der Oberweser zählt. Dieser ist eine der wenigen Einnahmequellen der Region. "Die Touristen möchten eine unzerstörte Landschaft erleben wie bisher und kein Industriegebiet", sagt Klaus Becker (Gieselwerder) als einer der Organisatoren.

<http://www.fnp.de/rhein-main/2000-Teilnehmer-bei-Menschenkette-gegen-Salzsee;art1491,2066961>

Frankfurter Neue Presse 18.06.2016

2000 Teilnehmer bei Menschenkette gegen Salzsee

Obweser.

Mit einer mehr als zwei Kilometer langen Menschenkette haben am Samstag Anwohner gegen einen geplanten Salzsee in Oberweser (Landkreis Kassel) protestiert. Mitglieder von Musik- und Turnvereinen, Familien aus umliegenden Orten und Unterstützer aus Kali-Revieren stellten sich entlang der Linie auf, die den Rand des Sees markieren soll. Rund 2000 Menschen kamen laut Veranstalter.

Der Salz- und Kalihersteller K+S will Salzlauge vom 135 Kilometer entfernten Werk Hattorf in Osthessen nach Oberweser leiten. So soll die stark belastete Werra entlastet werden. Geplant ist, die Salzlauge in die Weser fließen zu lassen, sagte eine Sprecherin vom Aktionsbündnis salzfreies Märchenland. Wenn diese zu wenig Wasser führe, solle das Abwasser aber in den Pufferspeicher fließen.

„Ein Abwassersee von dieser Größe ist unvorstellbar“, sagte Sprecherin Annette Müller-Zitzke. Um die Ausmaße greifbar zu machen, habe das Aktionsbündnis zu der Demonstration aufgerufen. Die Teilnehmer bekamen blaue Luftballons als Symbol für das Wasser.

Der Kasseler Regierungspräsident hat im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren für den Bau der Pipeline eingeleitet, über die die Abwasser in die Weser geleitet werden soll. Da Bauprojekt ist in den betroffenen Ländern Hessen, Thüringen und Niedersachsen höchst umstritten.

<http://www.fr-online.de/rhein-main/salzsee-in-oberweser-menschenkette-gegen-salzsee,1472796,34388054.html>

Frankfurter Rundschau 19.06.2016

Salzsee in Oberweser: Menschenkette gegen Salzsee

Bürger demonstrieren bei Gieselwerder an der Weser gegen den Landschaftsverbrauch für einen vom Kaliproduzenten K+S geplanten Salzsee.

Mit einer mehr als zwei Kilometer langen Menschenkette haben Anwohner gegen einen geplanten Salzsee in Oberweser (Landkreis Kassel) protestiert. Mitglieder von Musik- und Turnvereinen, Familien aus umliegenden Orten und Unterstützer aus Kali-Revieren stellten sich entlang der Linie auf, die den Rand des Sees markieren soll. Rund 2000 Menschen kamen laut Veranstalter.

Der Salz- und Kalihersteller K+S will Salzlauge vom 135 Kilometer entfernten Werk Hattorf in Osthessen nach Oberweser leiten. So soll die stark belastete Werra entlastet werden. Geplant ist, die Salzlauge in die Weser fließen zu lassen, sagte eine Sprecherin vom Aktionsbündnis salzfreies Märchenland. Wenn diese zu wenig Wasser führe, solle das Abwasser aber in den Pufferspeicher fließen.

«Ein Abwassersee von dieser Größe ist unvorstellbar», sagte Sprecherin Annette Müller-Zitzke. Um die Ausmaße greifbar zu machen, habe das Aktionsbündnis zu der Demonstration aufgerufen. Die Teilnehmer bekamen blaue Luftballons als Symbol für das Wasser.

Der Kasseler Regierungspräsident hat im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren für den Bau der Pipeline eingeleitet, über die die Abwasser in die Weser geleitet werden soll. Da Bauprojekt ist in den betroffenen Ländern Hessen, Thüringen und Niedersachsen höchst umstritten. (dpa)

11. Unvergessen - Kali-Verträge

<http://www.faz.net/agenturmeldungen/unternehmensnachrichten/ramelow-laesst-kali-vertraege-rechtlich-pruefen-14312719.html>

FAZ 28.06.2016

Ramelow lässt Kali-Verträge rechtlich prüfen

ERFURT/MERKERS (dpa-AFX) - Thüringen unternimmt einen neuen Anlauf zur Beteiligung des Bundes an den immensen Kosten zur Sicherung stillgelegter Kali-Bergwerke. Ein Rechtsgutachten solle klären, ob der Bund trotz der Verträge aus den 1990er Jahren finanziell belangt werden könne, sagte Ministerpräsident [Bodo Ramelow](#) (Linke) der Deutschen Presse-Agentur. "Ich will wissen, ob wir Chancen haben." Ramelow informiert sich am Dienstag in der stillgelegten Kali-Grube Merkers des Düngemittelkonzerns K+S AG <SDF.ETR> über die aufwendigen Arbeiten in Hunderten Metern Tiefe.

Thüringen zahlt für die Sicherung von Merkers sowie der Grube Springen, in die Wasser eindringt, jährlich 20 Millionen bis 25 Millionen Euro an K+S. Zu den Zahlungen ist das Land nach den Verträgen verpflichtet, hat das Verwaltungsgericht Meiningen 2015 nach einer K+S-Klage festgestellt.

Ramelow sprach von "Ewigkeitsrisiken im Milliardenbereich". Geprüft werde nun unter anderem, ob der Bund das finanzielle Risiko in den 1990er Jahren an Thüringen übertragen habe, ohne dass das Land vom Ausmaß der Langfristbelastungen wusste. Es stelle sich unter anderem die Frage, "warum der Bund die nasse Grube Springen an K+S gegeben hat".

Bei der Fusion der ost- und westdeutschen Kali-Industrie hatte die Treuhand die K+S AG von den Kosten für DDR-Umweltschäden freigestellt. Gelder vom Bund dafür sind längst aufgebraucht./ro/DP/zb

<http://www.fnp.de/rhein-main/Thueringen-zahlt-nur-unter-Vorbehalt-fuer-Kali-Sanierung;art1491,2083885>

Frankfurter Neue Presse 28.06.2016

K+S: Thüringen zahlt nur unter Vorbehalt für Kali-Sanierung

Merkers/Kassel.

Thüringen zahlt nach Angaben von Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) für die Sicherung stillgelegter Kali-Gruben weiterhin nur unter Vorbehalt an den Kasseler Düngemittelkonzern K+S. Grund sei der noch nicht abgeschlossene Rechtsstreit mit dem Unternehmen, sagte Siegesmund der Deutschen Presse-Agentur vor einem Besuch der Kali-Grube Merkers in Thüringen am Dienstag. Es sei bisher noch keine Entscheidung gefallen, ob eine Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Meiningen von 2015 zugelassen werde.

Danach muss Thüringen weiter für die Sicherungsarbeiten finanziell aufkommen. Sie wolle auch wissen, „wofür genau vom Land pro Jahr zwischen 20 und 25 Millionen Euro an K+S überwiesen werden“, sagte Siegesmund.

<http://www.hna.de/politik/kali-sanierungskosten-bund-soll-mitzahlen-6526273.html>

HNA 28.06.2016

Kali-Sanierungskosten: Bund soll mitzahlen

Merkers/Kassel. Thüringen versucht erneut, den Bund an den immensen Kosten zur Sicherung stillgelegter Kali-Bergwerke zu beteiligen.

Ein Rechtsgutachten solle klären, ob der Bund trotz der Verträge aus den 1990er-Jahren finanziell belangt werden könne, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke). Er informierte sich gestern in der Kali-Grube Merkers: Der Kasseler K+S-Konzern nutzt Merkers als Besucherbergwerk. Hier fahren auch Bergleute ein, die die alte Thüringer Grubenbauten sichern - etwa durch Verfüllung mit Steinsalz

20 Millionen bis 25 Mio. Euro zahlt Thüringen dafür an K+S pro Jahr - unter Vorbehalt wegen eines Rechtsstreits. Das finanzielle Risiko für den Landesetat in den nächsten Jahrzehnten wird auf 2,9 bis 3,6 Mrd. Euro veranschlagt.

Es stelle sich unter anderem die Frage, „warum der Bund die nasse Grube Springen an K+S gegeben hat“, sagte Ramelow. In Springen werden seit Jahrzehnten Zuflüsse aufgefangen, die Hohlräume aus dem Salz lösen und bei grob einem Kubikmeter alle fünf Minute liegen. Zum Vergleich: Im Atommüllbergwerk Asse werden 12 Kubikmeter pro Tag aufgefangen. Die Springen-Salzlösungen gehen bei Dorndorf in die Werra. K+S versucht seit langem, den Zufluss durch Injektion einer Suspension zu schließen, die im Berg aushärtet.

Hintergrund: Springen - Abdichtung langfristig nötig

Auf der Suche nach Kalisalzlagerstätten wurden Anfang des 20. Jahrhunderts Probebohrungen im Gebiet von Springen fünf Schächte errichtet und ein Kaliwerk gebaut. Zum Abtransport des Kalisalzes wurde vom Werk Springen eine Drahtseilbahn zum Verladebahnhof in Dorndorf errichtet und 1913 in Betrieb genommen. In Springen befand sich während des Zweiten Weltkriegs ein Außenlager des KZ Buchenwald, in dem Häftlinge in der Schachanlage arbeiten mussten.

Zwei K+S-Autoren schrieben 2002 im Branchen-Fachblatt "Kali und Steinsalz" über die Zuflüsse im 1990 stillgelegten Bergwerk Springen: „Zur angestrebten trockenen Verwahrung des Grubenfeldes Merkers ist es notwendig, vordringlich die aktiven Salzlösungsvorkommen langfristig abzudichten.“ Schon damals waren in Springen zur Abdichtung 2700 Kubikmeter Magnesiaement in Bohrlöchern eingebracht worden - ohne erwünschtes Ergebnis.

„Im Salz haben sich durch Auflösung große und komplexe Hohlraumssysteme ausgebildet“, beschreibt der Fachbeitrag weiter. Im Zentrum des einen Zutritts „liegt eine Kaverne, deren Rauminhalt 1996 durch eine Vermessung mit 215 000 Kubikmetern bestimmt wurde.“ Standsicherheit für mehr als 100 Jahre sei aber nachgewiesen.

12. Problemfelder - K+S-Rückstandshalden

<http://celler-presse.de/2016/06/16/fdp-mit-resolution-zur-begrueung-der-kalirueckstandshalde-niedersachsen-in-wathlingen-nicht-zufrieden/>

Celler Presse 16.06.2016

FDP mit Resolution zur Begrünung der Kalirückstandshalde „Niedersachsen“ in Wathlingen nicht zufrieden

16. Juni 2016

WATHLINGEN. Die FDP-Kreistagsfraktion begrüßt zwar generell die Resolution zur Begrünung der Kalirückstandshalde „Niedersachsen“ in Wathlingen durch den Landkreis Celle, inhaltlich sieht sie jedoch nur eine Beschreibung der aktuellen Rechtslage und keine wirkliche Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Samtgemeinde Wathlingen, so Jutta Krumbach (FDP).

Die FDP setzt sich für die Zukunft des Kaliberges in Wathlingen ein, erringt Teilerfolge – aber auch Rückschläge. Die nun geplante Resolution durch den Landkreis Celle wirke zwar wie ein Fortschritt, ist laut Jutta Krumbach nur eine aktuelle Lagebeschreibung. „Wir bedauern allerdings, dass diese Resolution des Landkreises nur eine Beschreibung der aktuellen Rechtslage ist, ohne dass wirkliche Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger in der Samtgemeinde Wathlingen genannt werden bzw. überhaupt erzielt werden sollen“, beschreibt es Krumbach in ihrem Redebeitrag.

Auch der Änderungsantrag der FDP, dass K+S aufgefordert werden sollte – kein belastetes Material für die Abdeckung der Kalirückstandshalde zu nutzen – wurde abgelehnt.

Dazu stellt sich Krumbach überhaupt die Frage: „Was ist belastetes Material? Radioaktiv? Vergiftet? Z2, dahinter verbirgt sich alles Mögliche. U. a. Quecksilber und weitere schwerwiegende Schadstoffe aus belasteten Böden. Also Gift!“

„Wir die FDP-Kreistagsfraktion wollen jedenfalls kein belastetes Material zur Begrünung der Kalihalde und damit eine weitere Sondermülldeponie in unserem Landkreis! Wir werden uns weiter für die Bevölkerung einsetzen und für die größtmögliche Sicherheit vor Ort kämpfen.“

Jutta Krumbach:

An dieser Stelle möchten wir unseren Dank ausdrücklich noch einmal an unsere Kolleginnen und Kollegen der FDP in der Samtgemeinde Wathlingen richten, die mit ihrem beherzten Einsatz für die Menschen in ihrer Gemeinde seit über einem Jahr vehement dafür kämpfen und einstehen, dass die Begrünung der Kalihalde umweltgerecht und menschenverträglich umgesetzt wird.

Die zweite Anfrage der FDP-Landtagsfraktion vom 21.04.2016 hat beim LBEG dann bewirkt, dass jetzt wenigstens auch über alternative Verkehrskonzepte zur Begrünung der Kalihalde in ihrer Behörde nachgedacht wird.

Diese Öffnung des LBEGs hat nun die CDU in Wathlingen zum Aufhänger genommen, sich in die Diskussion um die alternativen Verkehrskonzepte einzubringen. Sehr detailliert wurde von Herrn Scholz (CDU-Wathlingen) zu mehreren Gelegenheiten das Begrünungskonzept und die alternativen Verkehrswege aufgezeigt. Dabei wird jetzt plötzlich von Seiten der CDU die Förderbandanlieferung auf der Grubenanschlussbahn von K+S favorisiert. Hierbei ist klar zu sagen, dass diese Möglichkeit der Anlieferung schon im Februar 2016 von der FDP in der Gemeinde Nienhagen beantragt wurde. Leider wurde damals dieser Antrag von der Mehrheit abgelehnt.

Als große Enttäuschung entpuppt sich die unrealistische Forderung von Bündnis 90 / Die Grünen, den Kaliberg in das Bergwerk zurück zu führen oder eine Vermarktung der Salzanteile der Halde zu verfolgen. Dies ist in unseren Augen nicht umzusetzen.

Über 70 Jahre würde ein solches Anliegen dauern, nicht zu reden von den damit verbundenen Umweltbelastungen durch Staub und Lärmemissionen und das große Fragezeichen der Wirtschaftlichkeit und der Kosten.

Und auch die SPD propagierte noch in dem Artikel in der CZ vom 28.03.2014:

„Das ist eine gute Nachricht für Wathlingen. Die umweltfreundliche Lösung für den Kaliberg kommt.“

Jetzt müsst ihr von der SPD einsehen, dass doch nicht alles so super ist, wie ihr es uns vorgaukeln wolltet. Sonst hätte sich in Wathlingen sicherlich keine Bürgerinitiative in dieser Sache gegründet.

<http://www.fuldaerzeitung.de/artikelansicht/artikel/5254126/begrue-ung-der-kali-abraumhalden-soll-die-salzwassermenge-stark-verringern>

Fuldaer Zeitung 23.06.2016

Begrü- nung der Kali-Abraumhalden soll die Salzwassermenge stark verringern

Heringen/Neuhof

Um die Menge des Salzes zu verringern, das die Niederschläge auswaschen, die im „Land der weißen Berge“ auf die Kali-Abraumhalden fallen, setzt der Düngemittelkonzern K+S auf die Hilfe der Natur: Auf den Salzbergen soll Gras wachsen. Wenn das gelingt, würden nur noch 20 Prozent des Regenwassers zu versalzenem Haldenwasser werden. Im Herbst wird in Hattorf eine erste große Testfläche angelegt.

„**Haldenbegrü- nung**“ ist das Stichwort, wenn man verhindern möchte, dass nahezu jeder Regentropfen, der auf den Salzbergen niedergeht, als gesättigtes Salzwasser wieder heraus sickert. Die **Idee ist überzeugend**: Eine Halde mit grüner Haube ist dunkler als eine weiße Salzfläche und verdunstet schon dadurch erheblich mehr Wasser.

„Zudem **vervielfacht sich die Oberfläche** durch den Bewuchs, der zudem die Feuchtigkeit aus der gesamten durchwurzelten Schicht herausziehen und verdampfen kann“, erläutert Umweltwissenschaftler Michael Pühra, der bei K+S im Werk Werra am Projekt Haldenbegrü- nung arbeitet.

Forscher rechnen in 50-Jahres-Zeiträumen

Doch von der Idee zur Umsetzung ist es ein **schwieriger Weg**: Denn auf nahezu reinem Salz wächst schlichtweg nichts. Eine Begrü- nung kann also nur erfolgen, wenn die Hänge mit einem **erdähnlichen Material abgedeckt** werden. Die Probleme, die auf dem Weg zu diesem Ziel auftauchen, sind Dr. Silvia Niessing bestens vertraut. Die Geologin und Agraringenieurin hat **zig Versuche mit unterschiedlichen Stoffen** begleitet.

Inzwischen ist das Mitte der Wahl bekannt: **Asche aus Hausmüllverbrennungsanlagen**. Sie soll in einer fünf **Meter dicken Schicht** auf die Flanken der Salzhalde aufgebracht werden. Darauf wird zunächst Gras gesät, später dürften sich auch Buschwerk und kleine Bäume ansiedeln.

„Das Material hat den Vorteil, dass es auf lange Sicht – wir rechnen hier in **50-Jahres-Zeiträumen** – verfügbar sein dürfte“, erklärt Niessing. Zudem sei es aufgrund seiner **speziellen Körnung stabil genug**, um nicht abzurutschen, aber auch in der Lage, sich leichten Verschiebungen des Salz-Untergrunds anzupassen. Auf das Substrat wird dann ganz normales Weidelgras gesät, wie es auch Landwirte nutzen.

Erster echter Praxistext im Herbst in Hattorf

Ob sich das Material nicht nur auf kleinen Versuchsfläche, sondern auch „im Ernstfall“ verhält wie erwartet, wird sich **im Herbst** zeigen: Dann will K+S auf der Nordflanke der Hattorfer Halde auf einer 25 Meter hohen und 50 Meter langen Fläche **erstmalig flächig eine Fünf-Meter-Schicht Substrat auftragen** und einsäen.

Ob alles wie geplant funktioniert, wird der Test zeigen. „Wir werden starten, wenn wir die Genehmigung auf dem Tisch haben“, sagt Pühra. Daran, dass der Verdunstungseffekt wie geplant funktioniert, hat er keine Zweifel: Das haben seine seit 2013 laufenden Versuche gezeigt.

Für den **Monte Kali in Neuhof** lässt sich das Verfahren **nicht 1:1 übertragen**: „Jede Halde ist ein Einzelfall“, unterstreicht Geologin Niessing. „Das Neuhofer Material hat einen höheren Tonanteil. Daher dunkelt die Halde rasch nach. Das hat zur Folge, dass durch die stärkere Erwärmung automatisch auch mehr Niederschlagswasser verdunstet.“ / zi

13. Was sonst noch interessant war

http://www.umweltruf.de//2016_Programm/news/111/news3.php3?nummer=5220

Europaticker 28.06.2016

Der Gerichtshof hatte die Vertragsverletzung Portugals bereits 2009 erstmals festgestellt

Portugal bekommt kommunales Abwasser nicht in den Griff

Eine Richtlinie der Union¹ bezweckt, die Umwelt vor den schädlichen Auswirkungen von kommunalem Abwasser (häusliches und industrielles Abwasser) zu schützen. Nach dieser Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten insbesondere dafür Sorge tragen, dass alle Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnerwerten (EW)² bis zum 31. Dezember 2000 mit einer Kanalisation ausgestattet werden. Außerdem muss das Abwasser dieser Gemeinden vor dem Einleiten in Gewässer einer Zweitbehandlung³ oder einer gleichwertigen Behandlung unterzogen werden.

Da die Kommission der Ansicht war, dass mehrere portugiesische Gemeinden mit mehr als 15 000 EW weder mit einer Kanalisation noch mit einer Behandlungsanlage ausgestattet waren, erhob sie 2007 beim Gerichtshof eine Vertragsverletzungsklage gegen Portugal. Dieser stellte mit Urteil vom 7. Mai 2009⁴ fest, dass Portugal gegen seine Verpflichtungen verstoßen hatte, weil 22 Gemeinden noch nicht mit Kanalisationen und/oder mit Anlagen zur Behandlung von kommunalem Abwasser ausgestattet waren.

2014 beschloss die Kommission, da Portugal ihrer Auffassung nach das Urteil von 2009 in zwei der 22 betroffenen Gemeinden (nämlich in den Gemeinden Vila Real de Santo António und Matosinhos) noch immer nicht durchgeführt hatte, eine neue Vertragsverletzungsklage gegen Portugal zu erheben. In diesem Rahmen hat die Kommission beantragt, Portugal zu verurteilen, ihr ein Zwangsgeld in Höhe von 20 196 Euro für jeden Tag der Verspätung bei der Durchführung des Urteils von 2009 sowie einen Pauschalbetrag von 2 244 Euro pro Tag vom Tag der Verkündung des Urteils von 2009 bis zum Tag seiner vollständigen Durchführung zu zahlen.

Portugal macht allgemein geltend, dass das Urteil von 2009 weitestgehend durchgeführt worden sei. Was die Gemeinde Vila Real de Santo António anbelange, seien die letzten Arbeiten am 11. April 2015 abgeschlossen worden. Bezüglich der Gemeinde Matosinhos macht Portugal zum einen geltend, dass die bestehende Erstbehandlung ausreiche, um die Gewässerqualität zu gewährleisten und Gefahren für die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu vermeiden, und zum anderen, dass zwar Maßnahmen getroffen worden seien, um die Vorgaben der Richtlinie zu erfüllen, jedoch Finanzierungsschwierigkeiten die Errichtung der Abwasserbehandlungsanlage verhindert hätten.

Mit seinem Urteil stellt der Gerichtshof fest, dass Portugal gegen seine Verpflichtung zur Durchführung des Urteils von 2009 verstoßen hat, da die beiden streitigen Gemeinden bei Ablauf der von der Kommission für die Durchführung dieses Urteils gesetzten Frist (21. April 2014) noch immer nicht mit Anlagen zur Behandlung von kommunalem Abwasser ausgestattet waren. Was diese beiden Gemeinden betrifft, waren die erforderlichen Arbeiten nämlich nicht fertiggestellt worden (Gemeinde Vila Real de Santo António) bzw. hatten diese Arbeiten noch nicht einmal begonnen (Gemeinde Matosinhos).

Um die vollständige Durchführung des Urteils von 2009 sicherzustellen, hat der Gerichtshof entschieden, gegen Portugal finanzielle Sanktionen in Form eines Zwangsgelds und eines Pauschalbetrags zu verhängen.

Zum Zwangsgeld führt der Gerichtshof aus, dass das Fehlen oder die Unzulänglichkeit von Anlagen zur Behandlung von kommunalem Abwasser die Umwelt schädigen kann und daher als besonders schwerwiegend anzusehen ist. Außerdem erachtet der Gerichtshof die besonders lange Dauer des Verstoßes als weiteren erschwerenden Umstand. Nach den Angaben der Portugiesischen Republik wird das Urteil von 2009 nämlich erst im Lauf des Jahres 2019 vollständig durchgeführt sein, was einer Verzögerung um fast 20 Jahre entspricht (die Pflicht, eine ordnungsgemäße Zweitbehandlung von kommunalem Abwasser zu gewährleisten, hätte spätestens am 31. Dezember 2000 erfüllt werden müssen). In Anbetracht des Umstands, dass zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshof nur die Gemeinde Matosinhos noch nicht mit den Anforderungen in Einklang gebracht wurde, ist die Umweltbeeinträchtigung jedoch geringer als die 2009 festgestellte.

Zur Berechnung des Zwangsgelds stellt der Gerichtshof fest, dass die Dauer der Portugal zur Last gelegten Vertragsverletzung von mehr als sieben Jahren seit dem Tag der Verkündung des Urteils von 2009 erheblich ist. Schließlich berücksichtigt der Gerichtshof die Verringerung der Zahlungsfähigkeit Portugals, dessen Bruttoinlandsprodukt seitdem nämlich zurückgegangen ist. Der Gerichtshof weist außerdem auf das Vorbringen Portugals hin, wonach es, was die Gemeinde Matosinhos anbelange, nicht in der Lage sei, die Umweltbeeinträchtigungen zu verringern. Aus all diesen Gründen hält der Gerichtshof es für angemessen, gegen Portugal ein festes Zwangsgeld in Höhe von 8 000 Euro pro Tag ab dem heutigen Tag bis zur vollständigen Durchführung des Urteils vom 7. Mai 2009 zu verhängen.

Was die Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags anbelangt, bei der die Merkmale der festgestellten Vertragsverletzung und die Haltung zu berücksichtigen sind, die der Mitgliedstaat eingenommen hat, hält es der Gerichtshof für angemessen, Portugal die Zahlung eines Betrags von 3 Mio. Euro aufzuerlegen. Unter Hinweis darauf, dass der Verstoß Portugals gegen seine Pflichten im Bereich der Behandlung von kommunalem Abwasser bereits in anderen Urteilen festgestellt worden ist⁵, führt der Gerichtshof aus, dass die wirksame Verhinderung einer zukünftigen Wiederholung entsprechender Verstöße gegen das Unionsrecht den Erlass einer abschreckenden Maßnahme, wie etwa die Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags, erfordert. Der repetitive Charakter des rechtswidrigen Verhaltens erweist sich als umso inakzeptabler, als er in einem Sektor zum Ausdruck kommt, in dem die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt besonders bedeutend sind. Der Gerichtshof weist außerdem darauf hin, dass Portugal zwar systematisch mit den Dienststellen der Kommission kooperiert hat, aber seine eigenen Zeitpläne bezüglich der Anlage zur Behandlung des kommunalen Abwassers der Gemeinde Matosinhos nicht eingehalten hat, da die erforderliche Anlage erst 2019 funktionsfähig sein wird.

HINWEIS: Eine Vertragsverletzungsklage, die sich gegen einen Mitgliedstaat richtet, der gegen seine Verpflichtungen aus dem Unionsrecht verstoßen hat, kann von der Kommission oder einem anderen Mitgliedstaat erhoben werden. Stellt der Gerichtshof die Vertragsverletzung fest, hat der betreffende Mitgliedstaat dem Urteil unverzüglich nachzukommen. 5 Urteile des Gerichtshofs vom 8. Mai 2008, Kommission/Portugal (C-233/07), vom 8. September 2011, Kommission/Portugal (C-220/10), und vom 28. Januar 2016, Kommission/Portugal (C-398/14).
www.curia.europa.eu

Ist die Kommission der Auffassung, dass der Mitgliedstaat dem Urteil nicht nachgekommen ist, kann sie erneut klagen und finanzielle Sanktionen beantragen. Hat ein Mitgliedstaat der Kommission die Maßnahmen zur Umsetzung einer Richtlinie nicht mitgeteilt, kann der Gerichtshof auf Vorschlag der Kommission jedoch bereits mit dem ersten Urteil Sanktionen verhängen.

1 Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135, S. 40).

2 Der Begriff „Einwohnerwert“ ist eine Einheit, die der Verschmutzung entspricht, die ein Einwohner durchschnittlich pro Tag produziert.

3 Nach der Richtlinie ist die „Zweitbehandlung“ eine Abwasserbehandlung durch eine biologische Stufe mit einem Nachklärbecken oder ein anderes Verfahren, bei dem die Anforderungen an die Werte des biochemischen Sauerstoffbedarfs ohne Nitrifikation, des chemischen Sauerstoffbedarfs und der suspendierten Schwebstoffe insgesamt eingehalten werden.

4 Urteil des Gerichtshofs vom 7. Mai 2009, Kommission/Portugal (C-530/07).

http://www.focus.de/regional/hessen/bergbau-k-s-chef-zu-salz-belastung-gegen-festlegungen-der-laender_id_5678923.html

Focus 28.06.2016

Bergbau: K+S-Chef zu Salz-Belastung: Gegen Festlegungen der Länder

Der Kali-Konzern K+S will sich nach Angaben von Vorstandschef Norbert Steiner gegen einige Festlegungen der Bundesländer zur Verringerung der Salzkonzentration in Werra und Weser wehren.

Die Regelung, dass die Produktion in Kali-Werken künftig zwangsweise gedrosselt werden könnte, wenn an bestimmten Flusspegeln Werte überschritten würden, sei unverhältnismäßig. Steiner äußerte sich am Dienstag bei einem Besuch

von Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) im K+S-Werk Merkers. Er schloss nicht aus, dass das Unternehmen deshalb „vor Gericht geht“. Die Produktion zu reduzieren sei das „allerletzte Mittel“, entgegnete Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne). K+S muss derzeit wegen Entsorgungsproblemen bei salzhaltigen Produktionsabwässern Kurzarbeit in je einem Werk in Thüringen und Hessen fahren. Betroffen sind laut Unternehmen rund 1000 Beschäftigte.

Die Vertreter der sieben Anrainerländer von Werra und Weser hatten sich auf einen gemeinsamen Plan verständigt, mit dem die Wasserqualität der beiden Flüsse in den kommenden Jahren deutlich verbessert werden soll. Teil des sogenannten Masterplans ist eine von K+S geplante Anlage zur Verdampfung von Salzabwässern am hessischen Standort Hattort, die 2018 in Betrieb gehen soll.